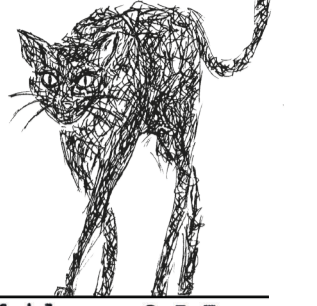




Tacheles

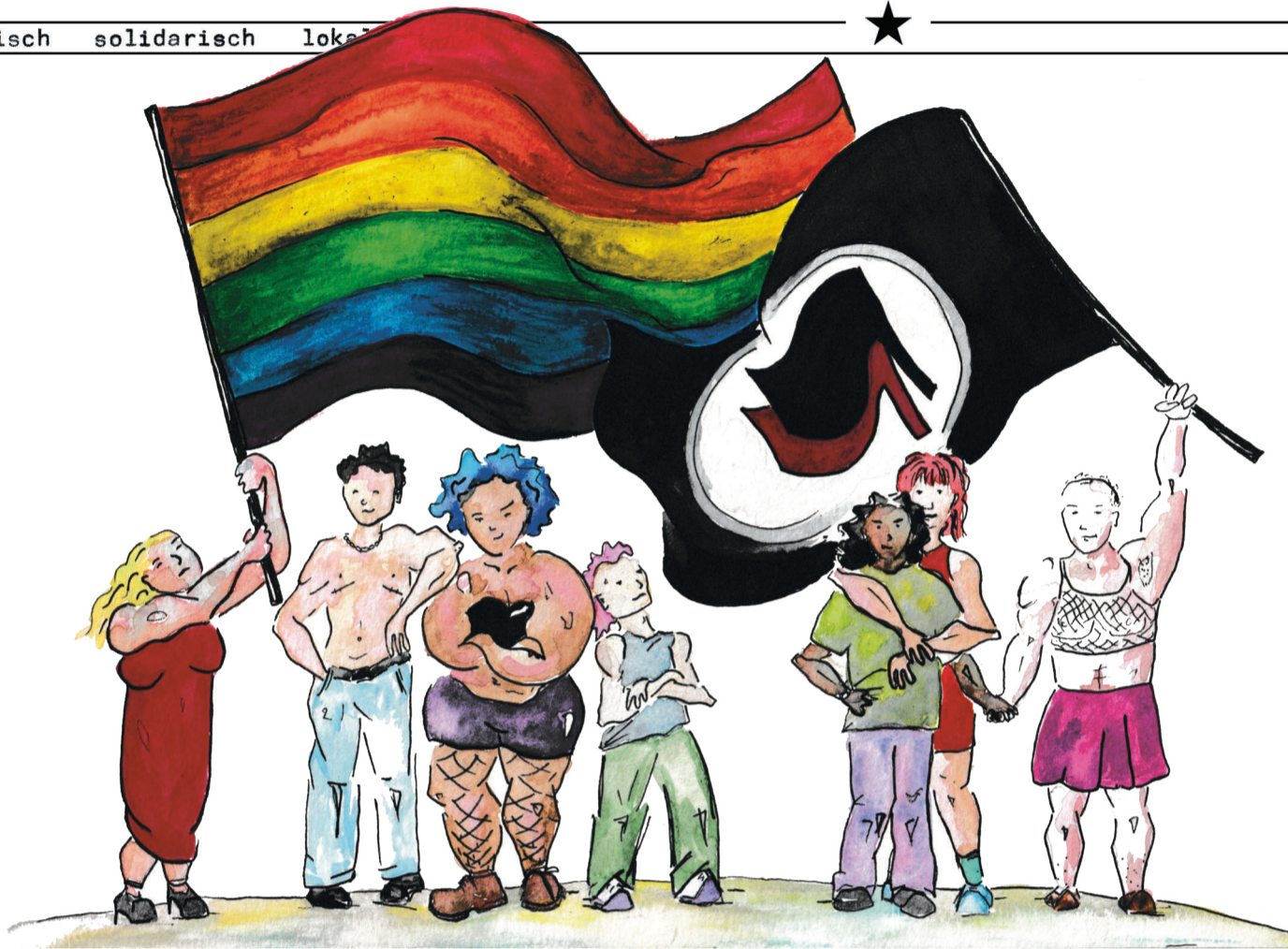
Ausgabe 14



kritisch solidarisch lokal



Spendenempfehlung 0-5 Euro



Queer Liberation now!

Mehr zum Befreiungskampf von LGBTQIA* findet ihr auf Seite 4 & 5.

(Bild: Redaktion)

Was steckt drin?

Lokal: Omas gegen Rechts • Graue Wölfe schon auf dem Tivoli?	2
Feminismus: Feministische Stadtplanung • Protestkultur	3
Queer & Feminismus: Wir sind hier, wir sind queer! • Feministisch streiken, feministisch schreiben?	4
Queer & Feminismus: Transfeindlicher Artikel in der Aachener Zeitung • Sommer, Sonne, L'isola • Der starke Mann und das Klima	5
Raum für Kreatives	6
Polizeiproblem: Warum gibt es vor Gericht keine Gerechtigkeit?	7
Festung Europa: Interview mit Sea Punks	8
Raum für Kreatives	9
Das Spiel mit der Vergangenheit • Musikkempfehlung • Flachwitz	10
Gemüse im Kopf • Damals - Jetzt	11
Antimilitarismus: Zeitenwende, Aufrüstung und Sozialabbau!	12
Antimilitarismus: Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft • Protestkultur	13
Horoskop • Kreuzworträtsel • Szene-Glossar	14

Interview

Omas gegen Rechts

Im Einsatz für die Demokratie

Für viele sind die Omas gegen Rechts nur ein paar alte Damen, die noch mal ein bisschen politisch aktiv sein wollen. Dabei sind sie eine hochgradig politische Gruppe mit einer starken und ausgeprägten Organisationsstruktur. Nach Schätzungen gibt es alleine in Deutschland über 150 Regionalgruppen und etwa 30.000 Mitglie-

der. Auch in Aachen sind die Omas gegen Rechts sehr aktiv und stellen sich hier einmal selber vor.

Fangen wir einfach am Anfang an – Wer seid ihr, wann habt ihr euch „gefunden“ und wofür steht ihr?

►►► Weiter auf Seite 2



Die Aachener Omas bei der Arbeit.

(Bild: Christian van't Hoen - birdsonaplane.de)

Graue Wölfe schon auf dem Tivoli?

Das Erstarren von türkisch-nationalistischen Kräften in Deutschland und Belgien

Die letzten Wochen haben es deutlich gezeigt: Ob im Nahen Osten oder hier in Europa, die Angriffe des türkischen Staates und seiner Schergen gegen die kurdische Freiheitsbewegung und demokratische Kräfte werden immer drastischer. Während die Türkei in Südkurdistan (Nordirak) Kriegsverbrechen begeht, gehen türkische Nationalisten auf antikurdische Hetzjagd, durchsucht und verwüstet die belgische Polizei kurdische Fernsehsender und schiebt Frankreich fleißig politisch verfolgte Kurd*innen ab. Überall gewinnen nationalistische Gruppen an Zuwachs und werden gesellschaftlich immer mehr geduldet. Auch in Deutschland gelingt es Anhängern der Ülkücü-Bewegung, besser bekannt als Graue Wölfe, immer mehr Einfluss zu gewinnen. Bei der Ülkücü-Bewegung handelt es sich um eine militante rechtsextreme Vereinigung aus der Türkei, die dort für hunderte Morde und Gräueltaten verantwortlich ist. Ganz in der Tradition der deutsch-türkischen Beziehung, die besonders während des Hitler-Regimes eine neue Phase einging, wird die Ülkücü-Bewegung als die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland eingestuft. Mit mehr als 18.500 Mitgliedern ist sie mehr als dreimal so groß wie die NPD. Sie ist hierzulande in mehreren Dachverbänden und zahlreichen Vereinen organisiert. Ihr Symbol ist der „graue Wolf“, er soll die Aggressivität und Stärke der

Bewegung symbolisieren. Ihr Ziel ist ein groß-türkisches Reich namens Turan. Sie stehen für einen ethnischen Nationalismus und schrecken nicht davor zurück, ihre politischen Gegner*innen mit allen Mitteln zu eliminieren. Feindbilder der Grauen Wölfe sind Kurd*innen, Armeenier*innen, Jüd*innen sowie linke und queere Personen. In NRW gibt es mehr als 80 Vereine, die den Grauen Wölfen zugeordnet werden. Diese geben sich oft als Moscheengemeinden, Kulturzentren oder deutsch-türkische Freundschaftsvereine aus und nehmen so großen Einfluss auf das Leben der türkischstämmigen Communities in Deutschland. Es gibt immer wieder Fälle von organisierten Grauen Wölfen, die in Integrationsräte und deutsche Parteien (CDU, CSU, SPD & Grüne) eintreten, um dort ihr ideologisches Programm zu verbreiten. So besuchte beispielsweise der außenpolitische Sprecher der SPD, Nils Schmid, gemeinsam mit SPD-Lokalpolitiker*innen Anfang April den sogenannten deutsch-türkischen Freundschaftsverein, der einer Dachorganisation der Grauen Wölfe zuzuordnen ist und zu dem Schmid eine enge Verbindung hält. Bemerkenswert ist auch die Nähe der Grauen Wölfe zur NPD sowie deutschen Neonazistrukturen: So demonstrierten Graue Wölfe beispielsweise 2016 Seite an Seite mit der Partei „die Rechte“ gegen die linke PKK (Arbeiterpartei Kurdistans).

►►► Weiter auf Seite 2

EDITORIAL

Vor etwas mehr als vier Jahren, in den Anfängen der Pandemie, haben wir uns zusammengetan, um eine lokale (sowie natürlich kritische und solidarische) Zeitung ins Leben zu rufen. Das Ergebnis hat inzwischen seine 14. Ausgabe erreicht, die ihr hier in den Händen haltet. Inzwischen ist die Protestwelle gegen Rechts, die Anfang des Jahres aufgeflammt war, wieder abgeebbt. Der Antifaschismus von Grünen, SPD und CDU war erwartbar kurzlebig. Durch den Rechtsruck bei der Wahl des Europaparlaments haben die faschistischen Parteien, insbesondere die AfD, weiter an Boden gewonnen. Panikmache, stumpfer Nationalismus und simple Scheinlösungen verleiten immer mehr Menschen dazu, rechtsextremen Menschenfeinden ihre Stimme zu geben. Auch auf der Straße treiben rechte Gewalttäter wieder zunehmend ihr Unwesen – auch hier in Aachen und Umgebung. Auf eine dieser Gruppierungen, die grauen Wölfe, gehen wir in dieser Ausgabe näher ein. Außerdem tobt der Krieg nach dem russischen Überfall auf die Ukraine unverändert weiter. Und

auch für den Krieg im Gaza-Streifen, der nach dem grauenhaften Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 begann, scheint ein friedliches Ende unerreichbar. Angesichts dieser verschärften Lage wird in Deutschland auf einmal wieder über Aufrüstung und Wehrpflicht debattiert. Wir haben diesmal gleich zwei Texte, die sich mit dem Thema befassen. Darüber hinaus haben wir noch eine Menge anderer Themen für euch. Es geht um Seenotrettung, Erinnerungskultur, den Kampf um queere Befreiung und vieles mehr. Es ist wichtiger denn je, sich jeglicher Form von rechtsextremer Menschenfeindlichkeit entgegenzustellen, wo immer sie auftritt. Sei es Rassismus, Sexismus, Homo- und Transphobie oder Antisemitismus. Die Demagogen von Rechts versuchen, ihre Hetze salonfähig und straßentauglich zu machen. Dagegen hilft nur wach sein, sich informieren und organisiert Widerstand leisten.

Redaktion

►►► Fortsetzung von Seite 1

Die Aachener Gruppe der Omas gegen Rechts wurde im Januar 2022 durch zwei Frauen gegründet, die sich bei einem Gegenprotest zu den "Querdenkern" in Aachen kennengelernt haben.

Im Manifest der Omas gegen Rechts ist aufgeschrieben, wofür wir stehen:

„Wir glauben an die Demokratie. Wir sind alt, reich an Jahren im körperlichen Sinn. Aber wir sind im Geiste jung, jünger als manch einer, der heute das große Wort führt und unsere geistige Jugend verbindet sich mit jener Erfahrung, derer es bedarf, um zu sehen, wenn sich eine Gesellschaft in eine „falsche“ Richtung entwickelt.“

Wir glauben an die Demokratie, auch wenn uns bewusst ist, dass auch diese keine ideale Gesellschaftsform ist. Wir glauben an die Demokratie, weil niemand bisher eine bessere Gesellschaftsform gefunden hat.

Wir sind lebens- und welterfahren und nehmen uns das Recht, uns einzumischen. Wir treten ein für Respekt und Toleranz und glauben fest daran, dass das Zusammenleben gelingen kann. Wir sind neugierig auf das Neue und auf die neuen Menschen, denen wir begegnen dürfen.

Wir wollen keinesfalls zulassen, dass die Vergangenheit die Gegenwart und damit auch die Zukunft übernimmt.

Wir treten ein für einen sorgsamem Umgang mit allen Menschen, für einen sorgsamem Umgang mit dieser Gesellschaft, in der wir leben, einen sorgsamem Umgang mit unserer Umwelt und unserem Planeten, auf dem wir leben, für einen sorgsamem Umgang mit der Sprache, in der wir miteinander kommunizieren.

Wir werden nicht müde, laut unsere Meinung zu

sagen. Wir haben nichts zu verlieren und müssen uns nicht fürchten. Wir haben von unseren Eltern erfahren, was es heißt, in Krieg und Diktatur zu leben und wir sind fest entschlossen, nicht zuzulassen, dass es noch einmal dazu kommt.

Viele von uns sind schon in ihrer Jugend gegen Unrecht und Diskriminierung aufgestanden und wir stehen jetzt wieder auf, weil wir in einem wunderbaren, reichen, lebenswerten Land leben und nicht wollen, dass Machtgierige, Gefühllose, Eitle im Namen ihrer Jugend dieses Land kaputt machen.

Wir sind die Omas gegen Rechts und kämpfen für unsere Kinder und Enkelkinder und für euch alle.¹

Was waren wichtige Aktionen der letzten Jahre und Monate?

Kurz nach der Gründung der Aachener Gruppe haben wir eine Solidaritätskundgebung im Rahmen einer deutschlandweiten Aktion der Omas gegen Rechts organisiert. Ursprünglich war sie für die Opfer der Corona-Pandemie und für die Menschen im Pflegebereich gedacht. Da zwischenzeitlich aber der Krieg in der Ukraine ausbrach, wurde dieses Thema mit einbezogen. Es folgten viele Gegenproteste gegen die neue Querfront, gegen Verschwörungsideologien und natürlich gegen die AfD und gegen jede Form von

Diskriminierung, Ausgrenzung und Fanatismus. Wir nehmen mit unserem Infotisch an vielen Veranstaltungen teil, wie z.B. der DGB-Kundgebung am 1. Mai, dem CSD, dem Multikultifest im Kennedypark usw.

Seit einigen Wochen sind wir in unterschiedlichen Stadtteilen mit einem Infotisch zur Europawahl unterwegs, um Menschen dazu zu bewegen, unbedingt wählen zu gehen und eine demokratische Partei zu wählen.

Fester Bestandteil unserer Aktivitäten ist das Putzen von Stolpersteinen am Yom Ha Shoah.²

Welches sind aus eurer Sicht brennende aktuelle Themen in Aachen?

Die Querfront ist nach wie vor Thema, jedoch sehen wir in letzter Zeit insbesondere die Bemühungen der AfD, sich erneut in Aachen zu etablieren, mit großer Sorge.

Wie reagieren die Menschen auf euch?

Momentan erfahren wir breite Zustimmung, allerdings mehren sich in letzter Zeit Anfeindungen, nicht zuletzt durch die oben genannten Bemühungen der AfD, in Aachen wieder Fuß zu fassen.

Was sind die größten Hürden bei eurer Arbeit?

Wir bemängeln häufig die Trägheit anderer Gruppierungen oder auch Parteien, die sich in Aachen zu einem Bündnis „gegen Rechts“ zusammenschlossen haben. Leider ist es häufig so, dass nur wir und ein paar junge Leute von der „Antifa“ (die wir sehr schätzen) bei Gegenprotesten auftreten. Viele Menschen werfen uns dann allerdings vor, immer nur mit der „bösen Antifa“ gesehen zu werden. Das liegt jedoch nur daran, dass die anderen „bürgerlichen“ Organisationen nicht oder nur wenig aktiv sind – oder zu spät reagieren. Wir haben Omas und Opas, die eher links sind und welche, die der CDU nahestehen und repräsentieren damit breite Bevölkerungskreise. Deshalb wünschen wir uns viel mehr Engagement von allen Seiten.

Was motiviert euch?

Wir haben das Glück gehabt, unser Leben in Frieden und Freiheit leben zu können und sehen die Gefahr, dass ein solch unbeschwertes Leben für die nachkommenden Generationen gefährdet ist. Wir lieben unsere Kinder und unsere Enkel und wollen, dass auch sie ihr Leben unbeschwert genießen können.

Wenn ein Wunsch frei wäre...

Wir wünschen uns viel mehr Unterstützung durch gleichgesinnte Organisationen und die Parteien hier in Aachen im Kampf gegen Rechts.

Tacheles x Omas gegen Rechts

¹ Verfasst von Susanne Scholl, Wien, im August 2018.

² Gedenktag in Israel an die Opfer der Shoah.

Graue Wölfe schon auf dem Tivoli?

Das Erstarken von türkisch-nationalistischen Kräften in Deutschland und Belgien

►►► Fortsetzung von Seite 1

Vernetzung von türkischen Faschisten und Alemannia-Hooligans

Auch in Aachen lässt sich eine Vernetzung von Grauen Wölfen und der gewaltbereiten Hooligan- sowie Rechten-Szene erkennen. So postete der rechtsextreme Kampfsport-Hooligan Kevin Polz alias Chemo kürzlich ein Foto mit einer Gruppe Männer, die den sogenannten Wolfsgruß (Erkennungszeichen der Grauen Wölfe) zeigten und unterlegte das Bild mit dem Wort „brotherhood“ (dt. Bruderschaft). Kevin Polz war unter anderem an Angriffen auf das AZ Aachen beteiligt und ist aktuell bei der Hooligan-Gruppe Boxstaffel 520 aktiv. Auf dem Foto sind neben Polz auch andere Mitglieder der Boxstaffel zu erkennen. Nach außen trägt Polz das Image eines sozialen Mannes, dem Tierwohl am Herzen liegt, der den Rechtsextremismus hinter sich gelassen hat und der eine Hilfsorganisation für Wohnungslose betreibt. Trotz seiner Maskerade äußert er sich weiterhin frauenfeindlich, antisemitisch und gewaltverherrlichend. Die Vereinsführung der Alemannia Aachen sieht das anders – sie halten Polz für geläutert, lassen sich regelmäßig mit ihm fotografieren, halten engen Kontakt zu ihm und ermöglichen ihm ein Mitwirken im Verein. Mit Polz als Mittelsmann kann es also leicht zu einer noch stärkeren Verbindung der Aachener Grauen Wölfe und der organisierten rechtsex-

tremen Hooliganszene kommen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass mit Erscheinen der Boxstaffel letztes Jahr altbekannte rechtsextreme Hooligans auf den Tivoli zurückgekehrt sind, stellt diese mögliche Allianz eine akute Gefahr für Menschen in Aachen dar.

Hetzjagden in Belgien

Doch nicht nur in Aachen wird die Gefahr durch türkische Faschisten größer. So kam es zum kurdischen Neujahresfest Newroz in Belgien zu Angriffen von türkischen Nationalisten auf kurdische Familien. Ein Mob von mehreren hundert rechtsextremen Türken versuchte in ein Wohnhaus einer kurdischen Familie einzudringen. Dabei zeigten sie den Wolfsgruß und drohten das Gebäude anzuzünden. Nur durch Einschreiten der schnell gerufenen kurdischen Jugend konnte dies vereitelt werden. Die Jugendlichen stellten sich den Faschisten in den Weg, noch bevor die Polizei kam. Hier zeigt sich wieder, dass auf den vermeintlichen Freund und Helfer kein Verlass sein kann und der Aufbau eines organisierten Selbstschutzes gegen solche Angriffe notwendig ist. Andernorts in Belgien wurden zeitgleich kurdisch gelesene Personen von türkischen

Faschisten angehalten, aus ihren Autos gezerrt und zusammengeschlagen. Am Ende des Tages lagen sechs teils schwer verletzte Kurd*innen im Krankenhaus. Begleitet wurden diese Gewaltexzesse von Wolfsgrüben, türkischen Flaggen und Ausrufen wie „Drecks-Kurden“, „H*rensöhne“, „Allahu akbar“ und „PKK-Bastarde“.

Und auch die Polizei ist fleißig dabei!

Historisch sind die Grauen Wölfe als paramilitärischer Arm der heutigen rechtsextremen Koalitionspartei MHP gegründet worden. Sie verfügen über gute Verbindungen zum türkischen Geheimdienst MIT und breite Rückendeckung innerhalb der türkischen Regierung. Doch nicht nur zu den Grauen Wölfen hat die faschistische Erdogan-Regierung beste Verbindungen. So überrascht es kaum, dass zeitgleich zu der neuen türkischen Invasion in die freien kurdischen Gebiete im Irak die belgische Polizei kurdische Medienhäuser durchsucht. Dabei blieb es nicht nur bei einer Durchsuchung – die Medienhäuser wurden regelrecht verwüstet. Neben der Beschlagnahmung von Computern und technischer Ausstattung wurden Kabel durchtrennt und anderes technisches Equipment zerstört, um die weitere Sendefähigkeit der kurdischen Fernsehsender zu verhindern. Bei der Durchsuchung kam es Berichten zufolge mehrfach zu Übergriffen durch die Polizei. Die belgische Polizei agiert hier ganz im Willen der türkischen Regierung, indem sie ihr Bestes tut, Berichterstattung über den türkischen Angriffskrieg zu verhindern.

All diese Angriffe – die Hetzjagd und der massive Eingriff in die Pressefreiheit in Belgien, die Abschiebungen und Hausdurchsuchungen in Frankreich und die Luft- und Giftgasangriffe in Südkurdistan – stehen im Zusammenhang. Seit mehreren Wochen erleben wir eine breit angelegte Operation gegen die kurdische Gesellschaft und ihre Forderung nach Freiheit auf allen Ebenen. Wir müssen vereint gegen diese Repression stehen, denn früher oder später wird sie alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte treffen. Sie wird alle treffen, die für ein menschliches Leben frei von Herrschaft und Unterdrückung kämp-

fen und die freiheitliche, gemeinschaftliche und wirklich demokratische Werte verteidigen. Die türkische Regierung ist gut organisiert. Sie hat in Deutschland ein breites Netz an Informant*innen und gewaltbereiten Nationalisten, die bereit sind für ihre Ziele bis zum Äußersten zu gehen. Als internationalistische und antifaschistische Jugendliche und junge Menschen in Deutschland stehen wir hier also in einer klaren Verantwortung. Es braucht eine stabile Organisation gegen jede Form des Faschismus. Wir müssen zur gemeinsamen Widerstandskraft werden, denn nur zusammen können wir diesem Feind der Menschlichkeit und Demokratie gegenüberreten. Organisiert euch!

Internationalistische Jugendkommune Aachen



Aachener Hooligans und Graue Wölfe machen den Wolfsgruß.

(Bild: Instagram/chemo_aachen)



Feministische Stadtplanung

Kritische Perspektiven auf die Stadt von heute und feministische Ideen für eine Stadt für alle

Wie die Stadt gebaut ist, prägt langfristig unser Leben. Wie sowohl der öffentliche Raum (wie Plätze und Straßen) als auch der private Raum (wie Wohnraum) hergestellt werden, spiegelt die gesellschaftliche Ordnung wieder – die patriarchale Machtstruktur und das kapitalistische Wirtschaftssystem. Letztendlich bezieht sich die Stadt in erster Linie auf das Interesse und die Bedürfnisse von Männern und genauso wird sie konstruiert. Das bedeutet, dass Geschlechterverhältnisse und traditionelle Rollenbilder in der Stadt zementiert sind.

Feministische Stadtplanung ist der Versuch, diese Strukturen aufzubrechen, indem sie sich mit der bisherigen Raumstruktur kritisch auseinandersetzt und emanzipatorische Forderungen an die Gesellschaft stellt. Bereits jetzt versuchen viele feministische Vordenker*innen, Aktivist*innen, feministische Architekt*innen, Stadtplaner*innen und Geograf*innen mithilfe geschlechtsspezifischer Erfahrungen, in dieses Themenfeld zu intervenieren. Wie auch bei vielen anderen Bereichen werden wichtige Entscheidungen meist von den Politikern getroffen, die von der gesellschaftlichen Struktur profitieren. Auch deswegen wird feministische Stadtplanung zu wenig thematisiert.

(Illustration von Grignon)

Am Ende ist es wieder eine Frau, die in der Nacht die Straßenseite wechselt, die lieber sichere Umwege geht, die nach einer öffentlichen Toilette lange suchen muss. Es ist wieder eine Frau, die Schutzräume gegen Gewalt selbst suchen und ewig warten muss und die als alleinerziehende Mutter gezwungen wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Und es ist wieder eine Frau, die alternative Räume finden muss, um die Reproduktionsarbeit gemeinsam zu tragen, damit ihr alltägliches Leben ein bisschen erleichtert wird, von allen Ansprüchen und Leistungen, die die Gesellschaft von weiblich sozialisierten Menschen erwartet. Wir kämpfen jeden Tag. Deshalb müssen wir genau schauen, wo die Ursache liegt, und grundlegend infrage stellen, auf welche Art und Weise die Macht operiert, wie die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Systeme zusammenhängen und adressieren, wer welche Ressourcen besitzt, profitiert und wie sie ungleich verteilt sind.

Raum ist patriarchal gestaltet

Wir können uns an einem Beispiel anschauen, wie die Planungen, die häufig von Männern durchgeführt wurden, bis heute in die Gesellschaft hineinwirken. Es zeigt sich: die Städte sind primär auf die Bedürfnisse von Männern ausgelegt und verweisen Frauen auf ihren Platz. Die Planung hat sich immer am Alltag der arbeitenden Männer orientiert, um kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum zu halten. Dieses Wachstum ist wiederum nur durch Reproduktionsarbeit möglich. Die bis heute verbreitete wirtschaftliche Abhängigkeit der Frauen und die Abwertung der Sorgearbeit wurde durch die patriarchal dominierte Stadtentwicklung im Raum eingegraben. Am deutlichsten zeigt sich das in der Art und Weise, wie gesellschaftliche Bereiche nach der binären Vorstellung getrennt wurden, zum Beispiel zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten oder zwischen Räumen für Arbeit und Wohnen.

Schauen wir es uns näher an. Ein Beispiel ist, dass die meisten Straßen und öffentliche Transportsysteme darauf ausgerichtet sind, den effizientesten Weg zur Arbeit für arbeitende Männer zu ermöglichen. Frauen und weitere marginalisierte Gruppen müssen deshalb Umwege in Kauf nehmen – weil der Bürgersteig zu eng für Kinderwagen oder Rollstuhl ist, weil es keine Buslinie gibt, die zwischen Kita, Krankenhaus, Pflegeheim und Wohngebiet fährt. Untersuchungen zeigen, dass Pendlerstrecken von Frauen tatsächlich oft komplexer sind. Sie überlagern sich aufgrund der widersprüchlichen Pflichten von bezahlter

und unbezahlter Arbeit, die von Frauen erwartet werden. Hier zeigt sich, dass die eh schon vorhandene Mehrfachbelastung von Frauen durch Stadtplanung verstärkt wird.

Ein zweites Beispiel ist Sorgearbeit, die die Existenzgrundlage aller sichert: Die Wohnungsgründe von Einfamilienhäusern spiegeln die Struktur der patriarchalen Kernfamilie, und dienen zur Abwertung reproduktiver Arbeit der Frauen. Durch die Trennung der Reproduktionsarbeit von der Öffentlichkeit wurden auch die Frauen räumlich von Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben isoliert. Außerdem wird die Haus- und Reproduktionsarbeit innerhalb dieses Wirtschaftssystems nicht als „echte“ Arbeit angesehen, sondern als Privatangelegenheit betrachtet.

Wohnungsmarkt verschärft soziale Probleme

Zudem erschwert der aktuelle Wohnungsmarkt, der nach kapitalistischer, neo-liberaler Profitlogik konzipiert ist, die Wohn- und Lebenssituation der Frauen und anderer marginalisierter Gruppen zusätzlich. Diese sind wegen der strukturellen und ökonomischen Benachteiligung viel stärker vom Mietwahnwitz und der Verknappung des Wohnraums betroffen. In Deutschland fehlen im Bestand der Großstädte insgesamt rund 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen. Von bezahlbarem Wohnraum wird gesprochen, wenn Mensch weniger als 30% des Einkommens für die Miete ausgeben muss, damit Geld für Essen usw. noch übrig bleiben kann. Gleichzeitig werden in den nächsten Jahren viele privatisierte Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung fallen. Der Immobilienmarkt ist zu einem der wichtigsten Bestandteile der Wirtschaft des 21. Jahrhunderts gewachsen, und führt gleichzeitig zu Segregation und Gentrifizierung, da die Profitmaximierung mehr im Vordergrund steht als Menschenrechte. Zum Beispiel werden nicht-weiße und nicht-heteronormative Communities in die Stadtränder verdrängt oder ihre Räume werden in der Innenstadt überkontrolliert.

Außerdem sind soziale Netzwerke oder Communities insbesondere für Frauen, alleinerziehende Mütter und weitere marginalisierte Gruppen wichtig. Sie organisieren sich meist selbst, um sich gegenseitig zu unterstützen und um ihre alltäglichen Leben zu erleichtern, weil die öffentlichen Institutionen (wie Pflege-, Erziehungseinrichtungen) immer weniger werden und nicht leicht zugänglich sind. Dabei spielen die Eigentumsverhältnisse eine wichtige Rolle. Selbstorganisierte Frauenkollektive, die in vielen Städten

die mangelnden Strukturen von der staatlichen als auch privatwirtschaftlichen Versorgung an Betreuungs- und Sorgeangeboten ergänzen, leiden unter Verdrängung, weil sie sich die Räume nicht mehr leisten können. Im Planungsdiskurs findet die Sorgearbeit noch keine Bedeutung. Erschreckenderweise wirkt diese Verdrängung auch auf Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen. Dabei ist der Zugang zu Wohnraum existenziell für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Sie brauchen Schutzräume und Zufluchtsorte, damit sie anfangen können, ein unabhängiges Leben zu führen.

Was geht (nicht) mit feministischer Planung?

In einer feministischen Stadt leben Utopien für eine sozialgerechte Stadt. Wir wollen mit solidarischen Praktiken Räume anders organisieren und experimentieren, wie wir gerechter zusammenleben können. Wir brauchen keinen „Masterplan“, keine Herrschenden, sondern eine Stadt, die die Bedürfnisse von allen berücksichtigt. Wir können Ansätze aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert anschauen und diese weiter entwickeln. Zum Beispiel wurde Hausarbeit innerhalb von Kollektiven organisiert anstatt individuell. Die Vergemeinschaftung der Hausarbeit hat hervorgerufen, dass der häusliche Arbeitsplatz in genossenschaftlichen Organisationsformen neu gedacht wurde. Neue Formen der Nachbarschaftsorganisation und Gebäudetypen wurden entwickelt, wie zum Beispiel Häuser ohne Küche, öffentliche Küchen, Tagesbetreuungseinrichtungen, Wäschereikollektive. Das kann dazu führen, dass bestimmte häusliche und städtische Raumlogiken überwunden werden, die Frauen isolieren und ihre Sorgearbeit unsichtbar machen.

Trotzdem müssen wir darauf achten, dass diese neuen Organisationsformen nicht dazu dienen, schlecht bezahlte Arbeit für Frauen aus dem eigenen Wohnumfeld zu verlagern, oder diese auf andere Frauen zu verschieben. Letztlich müssen gesellschaftliche Machtstrukturen bis hin zum Prinzip von Arbeit und Lohn hinterfragt werden. Allein über die feministischen planerischen Ansätze oder über die Gestaltung der Räume werden wir diese Verhältnisse natürlich nicht komplett verändern können. Auch das Problem von unbezahlter Sorgearbeit können wir nicht lösen, ohne die Machtstrukturen und Wirtschaftsordnung kritisch in Frage zu stellen.

Wir kämpfen weiter gemeinsam für den Traum einer sozial gerechten Stadt. Wir brauchen für eine feministische Stadt kollektive Eigentumsformen wie Genossenschaften oder Mietshäuser-syndikate. Wir brauchen nicht die eine Wohn- und Beziehungsform, sondern vielfältige emanzipatorische, solidarische Wohnprinzipien und Beziehungsformen. Und solidarische oder kooperative Nachbar*innenschaft, in denen die Reproduktionsarbeit gerecht verteilt werden kann und im Verhältnis zur Lohnarbeit bezahlt wird.

Recht auf Stadt Aachen



Demo zum feministischen Kampftag.

(Bild: Privat)

Protestkultur in Aachen

Hier findet ihr einige Kurzmeldungen zu Protestaktionen in und um Aachen, von denen wir mitbekommen haben und die wir nennenswert finden. Wenn ihr etwas verbrochen habt und es hier auftauchen soll, schreibt uns gerne eine Mail! Uns geht leider immer etwas durch die Lappen, weil einfach zu viel passiert, deswegen erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

In dieser Protestkultur berichten wir sowohl über propalästinensische als auch proisraelische Demos und Aktionen. Wir finden den Protest gegen das Vorgehen der israelischen Armee und den Krieg im Nahen Osten wichtig und möchten diesen hier dokumentieren. Gleichzeitig kommt es auf propalästinensischen Demos und Camps teils zu antisemitischen Äußerungen und Ausschreitungen. Auch den Protest dagegen nehmen wir hier auf. Wir lehnen sowohl die unmenschliche, völkerrechtswidrige Kriegsführung Israels als auch den antisemitischen Terror der Hamas und alle, die diesen gutheißen oder entschuldigen, ab. Wir stellen uns weiter gegen Auslöschungsfantasien beider Konfliktparteien. Es bleibt uns unverstündlich, wie man sich vorbehaltlos hinter eine rechtsextreme Regierung, die ungehindert Kriegsverbrechen nach Kriegsverbrechen begeht, stellen kann oder wie man das Morden einer islamistischen Terrororganisation irgendwie als „Befreiungskampf“ interpretieren kann. Wir hoffen, ohne besonders viel Optimismus aufbringen zu können, weiter auf Verständigung zwischen Israelis und Palästinenser*innen und auf ein friedliches Ende des Konflikts.

22. Juni: „All eyes on Rafah“-Demo in Aachen.

★

15. Juni: Bannerdrop beim Kimiko-Festival. Unter dem Motto „Jugend hält zusammen“ wird für die Demonstration in Aachen am antifaschistischen Jugendtag am 31.08. gewonnen.

★

12. Juni: Kundgebung von Students for Palestine an der RWTH mit der Forderung, die Kooperation mit einer Uni in Israel zu beenden.

★

11. Juni: Pubquiz gegen Rechts von den Studis gegen Rechts am Augustinerbach.

★

08. Juni: Ein Tag vor der Europawahl gehen in Aachen ca. 300 Menschen für Demokratie auf die Straße.

★

08. Juni: Propalästinensische Demo mit ca. 200 Personen in Aachen.

★

07. Juni: Mahnwache gegen jeden Antisemitismus von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Aachen am Münsterplatz.

★

07. Juni: Ca. 20 Antifaschist*innen, darunter die Omas gegen Rechts, demonstrieren gegen einen Stand der AfD in Burtscheid.

★

04. Juni: Es fliegt eine Flasche gegen eine Werbung der Bundeswehr. Die Antifa Jugend schreibt dazu „Jugend ohne Wehrpflicht!“

★

01. Juni: Propalästinensische musikalische Kundgebung mit ca. 200 Personen am Elisenbrunnen.

★

01. Juni: Demo zum Christopher Street Day mit Abschlussfest mit mehreren tausend Menschen.

★

31. Mai: Die rechtsextreme Burschenschaft Libertas am Muffeter Weg wird mit Steinen und Pyro getroffen. Drei Fensterscheiben und ein Auto nehmen Schaden.

★

31. Mai: Klimastreik zur EU-Wahl von Fridays for Future.

★

25. Mai: „Tyre Extinguishers“ machen ca. 60 SUVs platt.

★

▶▶▶ Weiter auf Seite 13

Wir sind hier, wir sind queer!

Aufruf zum Queer Liberation Day

Für uns ist der Christopher Street Day besonders wichtiger Tag! Vor gut 55 Jahren, am 28. Juni 1968, stürmte die New Yorker Polizei brutalst die queere Bar „Stonewall Inn“. Dieser Höhepunkt langjähriger Repression brachte das Fass zum Überlaufen. Nun leistete die queere Community kämpferisch Widerstand gegen die alltägliche Polizeigewalt. Der Widerstand vom 28. Juni und den folgenden Tagen war ein Wendepunkt im Kampf um queere Befreiung.

Deswegen ist der Tag zu einem Tag des Erinnerns und Kämpfens geworden. Jährlich gehen wir auf die Straße, um den mutigen Menschen von Stonewall zu gedenken und den Kampf für queere Befreiung weiter zu führen.

Wir werden laut!

Denn auch heute noch werden wir ausgegrenzt und auf breiter Front angegriffen. Rund um die Welt werden wir oft zur Zielscheibe von Rechten, ob aus Hass oder um von anderen Problemen der Gesellschaft abzulenken. Gewalttaten gegen uns nehmen wieder zu und politische Angriffe auf unsere hart erkämpften Rechte werden immer intensiver. Die Unterstützung von staatlicher Seite ist dabei schleppend, wenn sie überhaupt erfolgt.

Wir sind wütend!

Denn wenn du den vorherrschenden Erwartungen an Sexualität, Geschlecht und Lebensweise nicht entspricht, wird dir das Leben schwer gemacht! Ob bei der Suche nach Wohnraum und Arbeit, im Sportverein oder der Kneipe. Queere Menschen, die frei nach ihren Wünschen und Bedürfnissen leben können, sind auch heute noch eine Seltenheit. Nicht ohne Grund leiden sie überdurchschnittlich oft an Wohnungs- oder Obdachlosigkeit und fast zwei Millionen Queers sind in Deutschland von Armut betroffen.

In der Politik sind diese Probleme kaum ein Thema – und wenn doch, dann werden wir von keiner der etablierten Parteien wirklich vertreten, denn die Rechte von queeren Menschen und anderen Minderheiten werden immer wieder angegriffen, damit die herrschenden Gesellschaftsverhältnisse unangetastet bleiben können.

Wir machen weiter!

Denn ohne die Welle von queeren Protesten, die die Stonewall Riots losgetreten haben, gäbe es die Fortschritte, die wir heute verteidigen müssen, nicht. Wir müssen uns aktiv einbringen und Zeichen setzen! Wir müssen aktiv für unsere Befreiung kämpfen! Ohne weiteren Widerstand, hier und anderswo, wird es in Zukunft keine Fort-



schritte mehr geben!

Dabei dürfen wir nicht die gleichen Fehler wie viele andere Christopher Street Days machen! Diese haben häufig ihren kämpferischen Inhalt verloren und werden zunehmend von Werbung und Wahlkampf vereinnahmt. Sie werden zur bloßen Zelebrierung queeren Lebens. Dieses zu feiern ist wichtig, sich darauf zu beschränken übersieht allerdings ein zentrales Element queerer Existenz: Queer sein ist politisch.

Nicht etwa, weil alle queeren Menschen von sich aus ein politisches Interesse haben, sondern viel-

mehr, weil die eigene Identität schon ausreicht, um von der Gesellschaft politisiert und angegriffen zu werden. Unsere Antwort darauf ist Widerstand!

Wir stehen Zusammen!

Denn die Befreiung queerer Menschen ist kein individuelles Unterfangen. Queerfeindlichkeit ist eingebettet in ein großes Netz von Diskriminierungen, die nicht unabhängig voneinander gesehen werden können. Nur ganzheitlich können wir

Diskriminierung entgegenstehen! Deshalb muss queerer Aktivismus sich genau so entschieden gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und andere Unterdrückungsformen stellen. Dafür und für vieles mehr gehen wir laut und entschlossen am 27. Juli auf die Straße.

Wir sind Queer und deshalb hier! Siamo tutti antifascisti!

Wir positionieren uns:

- Reclaim the Pride: Gegen Kommerzialisierung des CSD! Für Events organisiert von der Community, queeren Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Kräften, die ein Interesse an der Befreiung von queeren Menschen haben!
- Gegen Queerfeindlichkeit: Für Anerkennung aller Lebensformen! „Nein“ zu Transfeindlichkeit! Für das Recht auf Selbstidentifikation und gegen Zwangsoperationen von intersex* Menschen! Für den Ausbau von trans-inklusive Medizin und massive Investitionen in das Gesundheitswesen, damit alle gut versorgt sind! Genügend Therapieplätze für alle! Zugang für trans Frauen zu Frauenhäusern – und für deren Ausbau, damit keine Frau abgewiesen wird.
- Gegen jede Form von Diskriminierung und Unterdrückung: Stoppt alle Kriege! Gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus! Nein zu Asylverschärfungen! Bleibe-recht für alle!
- Der AfD den Boden entziehen: Gegen den Rechtsruck der bürgerlichen Parteien! Nein zu Sozialkürzungen! Nein zu Hetze gegen Migrant*innen!
- Wir lassen uns nicht spalten: Gutes Wohnen, gute Bildung und gute Jobs für alle!
- Für eine Bewegung, die queere Befreiung mit feministischen, antirassistischen, antifaschistischen und sozialen Kämpfen vereint: Für Kampagnen von Gewerkschaften und sozialen Verbänden gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz und darüber hinaus! Für ein gutes Leben für alle!
- Weg mit dem System der Diskriminierung und Unterdrückung: Kapitalismus abschaffen! Chauvinismus entgegnetreten! Das Patriarchat zerschlagen!

Die Orga des Queer Liberation Day

Im Jahr 2018 gingen in Spanien mehr als 5 Millionen Menschen beim feministischen Streik auf die Straße. Die Euphorie, dass der feministische Streik aus Lateinamerika nun auch in Europa war, erfasste auch viele von uns. „Wenn wir streiken, steht die Welt still“ als Parole für den feministischen Streik zeigt die oftmals vergessene und runtergespielte Rolle von FLINTA* in Produktions- und Verwertungsprozessen. Die Parole macht deutlich, dass deren (un)bezahlte Arbeit ökonomisch und gesellschaftlich enorm wichtig ist. Wir dachten also: Feministischer Streik, richtig geil, funktioniert richtig gut. Leider ist die Euphorie schnell geschwunden, als ersichtlich wurde, dass feministischer Streik in Deutschland doch nicht so richtig gut funktioniert. Wir steckten in einer Phase mittelmäßiger Orientierungslosigkeit und brauchten neuen Elan, um weiterzumachen. Aber wo ansetzen? Was klar war: Wenn schon Stunden um Stunden Köpfe zusammenstecken, dann muss da zumindest ein Aufschlag bei herkommen, der zur Diskussion anregt und bestenfalls Menschen motiviert, sich (wieder) mit dem feministischen Streik zu beschäftigen. Das Ergebnis davon sind die 12 Thesen, die am Anfang von unserem Buch „Feministisch streiken“ stehen. Sie sind auch der Grund dafür, dass es überhaupt ein Buch gibt. Mit „Feministisch streiken“ verfolgen wir mehrere Ziele. Einmal wollen wir dem auf die Spur kommen, was wir aus dem feministischen Streik für eine revolutionäre und feministische Praxis im Allgemeinen lernen können. Mit der Perspektive auf eine gemeinsame Praxis im Streik sehen

Buchvorstellung

Feministisch streiken, feministisch schreiben?

Reflexionen nach einem Jahr Buchveröffentlichung

wir aber auch die Möglichkeit der Vermittlung verschiedener feministischer Strömungen bzw. Anliegen. Wir wollen etwa aus materialistischer Perspektive auch queere Themen bearbeiten, die sonst von materialistischen Feminist*innen oft ignoriert werden. So schaffen wir unsere eigene theoretische Grundlage der queerfeministischen Klassenpolitik. Wir geben dabei der kontinuierlichen Herstellung von Binarität und Heteronormativität eine zentralere Rolle in der Art und Weise, wie wir auf Produktion und Ausbeutung schauen. Außerdem

schauen wir uns an, wie es historisch eigentlich so war mit den (feministischen) Streiks und wie die rechtliche Situation in Deutschland ist. Als Nächstes werfen wir einen Blick auf das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und radikaler Linke und die Komplexität dieser Beziehung. Weiterhin hatten wir das Glück, viele unterschiedliche Genoss*innen aus internationalen Kontexten unter anderem aus Kenia und Argentinien interviewen zu

können, um dadurch auch Einblicke in feministische Streiks in anderen Ländern zu gewinnen. Abschließend schauen wir darauf, wie der feministische Streik im Alltag aussehen kann und auch was unsere Utopien sind, wofür wir eigentlich kämpfen. Man merkt, wir haben viele Themen

in dem Buch verhandelt. Was man auch merkt: Wir sind eine weiße Gruppe und ohne antirassistische Interventionen von unseren rassismuserfahrenen Genoss*innen würde das noch viel deutlicher werden. Wir hatten von ihnen stammendes Wissen nicht gekennzeichnet und mussten erst darauf aufmerksam gemacht werden. Wir verhandeln zwar Rassismus randständig als Thema, aber im Fokus stehen tut es nicht. Als Ursache dafür sehen wir unsere Positionierung, aber auch unsere zu geringe Auseinandersetzung damit. Allgemein schauen wir auf den Buchprozess mit ambivalenten Gefühlen zurück. Es ist eine ganz schöne Monsteraufgabe, so ein Buch in einer

Gruppe zu schreiben, die keine Erfahrung darin hat, wie man sowas gut koordiniert. Auch unsere praktische Arbeit zurückzustellen und andere Genoss*innen damit alleine zu lassen, ist uns nicht immer leicht gefallen und haben wir auch nicht immer als politisch sinnvoll eingestuft. Trotzdem haben wir jetzt dieses Buch und sind stolz darauf, was wir hier geschaffen haben. Es ist eine der ersten deutschsprachigen Publikationen, die sich aus aktivistischer Perspektive dem feministischen Streik widmet und bildet für uns eine wichtige Grundlage für Veranstaltungen und Diskussionen mit Genoss*innen und Freund*innen. Diese Begegnungen in vielen anderen Städten sind für uns super spannend und interessant. Wir hoffen, davon einiges für unsere Praxis mitnehmen zu können und freuen uns immer über Gedanken, Kritik und Rückmeldungen – also lest unser Buch!

AG feministischer Streik Kassel



Viel Fantasie, wenig Ahnung

Transfeindlicher Artikel in der Aachener Zeitung

Wenn Gefühle zu Fakten ernannt werden" lautet der Titel eines am 02.06.2024 in der Aachener Zeitung erschienenen Kommentars. Der Autor Benjamin Wirtz beginnt damit, zu lamentieren, dass ja heutzutage jeder sich ständig diskriminiert fühlen würde. Diskriminierung würde dann „immer häufiger zur Tatsache gemacht“. Schon der Einstieg zeigt also, dass Wirtz zum Thema Diskriminierung keinerlei besondere Vorbildung oder Qualifikationen hat. Darauf, was Diskriminierung für Betroffene bedeutet, geht er mit keinem Wort ein – für ihn ist es eine bloße Frage der „Befindlichkeit“. Auch dass Menschen, die diskriminiert werden, diese Erfahrung oft abgesprochen wird oder ihnen gesagt wird, sie sollen sich mal nicht so anstellen, scheint er noch nie gehört zu haben. Im Gegenteil: mit seinem Tonfall schlägt er genau diese Richtung ein. Du fühlst dich diskriminiert? Sei doch nicht so emotional. Hab dich mal nicht so. Du reagierst über.

Genauso stellt Wirtz Transsein als ein Gefühl, eine bloße Laune, hin, wenn er beklagt: „fühlt sich jemand als Frau, heißt es heute ohne Wenn und Aber: Er ist eine Frau“. Geschlecht solle man lieber „von außen messen“ können, sonst gehe „jede allgemein nachvollziehbare Definition von Mann und Frau verloren“.

Trans*-Menschen setzt er außerdem mit Klimawandel- und Coronaleugner*innen gleich, denn auch diese stellen ja schließlich ihre „gefühlte Wahrheit“ über wissenschaftlich nachweisbare Fakten. „Wenn selbst der Gesetzgeber Gefühle zu Tatsachen ernannt, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn Tatsachen wie der Klimawandel und das Coronavirus gelehrt werden“. Wissenschaftlich ist an diesem Gegenüberauspielen von Klimaaktivismus und trans*-Menschen nichts. Und generell scheint sich Wirtz auf einer wissenschaftlichen Ebene kaum mit der Thematik auseinandergesetzt zu haben. Während Transgeschlechtlichkeit in neurowissenschaftlichen, medizinischen und sozialwissenschaftlichen Fachkreisen inzwischen breit erforscht und es gemeinhin Konsens ist, trans*-Personen in ihrem selbstbestimmten Geschlecht anzuerkennen, scheint Wirtz unter nachvollziehbaren wissenschaftlichen Tatsachen zu verstehen: Penis = Mann, Vulva = Frau.

Das Leid, welches durch das bislang geltende Transsexuellengesetz von 1980 verursacht wurde, welches den Zugang zu einer Änderung des Geschlechtseintrags extrem kompliziert und für viele unmöglich machte, erwähnt der Autor mit keinem Wort.

Stattdessen lässt er seiner Fantasie freien Lauf und entwirft einen Haufen wilder Bedrohungsszenarien. So ist er der Meinung, dass die „Gleichstellung der Geschlechter“ verhindert werde, wenn alle „einfach so“ ihren Geschlechtseintrag ändern lassen können. Zudem schürt er die Angst, durch die neue Gesetzgebung könnten sich Männer ungehindert Zugang zu Frauenhäusern verschaffen oder unbelangt Exhibitionismus betreiben. Hier hätte für einen Realitätscheck vielleicht schon ein kurzer Blick auf Länder gereicht, die schon länger ein selbstbestimmtes Ändern des Geschlechtseintrags ermöglichen. Derartige Vorkommnisse gibt es praktisch nicht. Dass aber allgemein Gewalt durch cis-Männer sowohl gegen Frauen als auch gegen queere Menschen ein weitreichendes Problem ist oder dass viele Frauenhäuser chronisch unterfinan-

ziert und von Schließung bedroht sind, kommt nicht zur Sprache. Daher lässt sich dieser Absatz leider nur als einen Versuch lesen, cis- und trans*-Frauen gegeneinander auszuspielen. Weiter fabuliert Wirtz, dass womöglich bald auch Menschen ihr Alter willkürlich ändern lassen möchten, wenn das so weiter geht mit der Selbstbestimmung.

In einem offenen Brief, der von verschiedenen Aachener Gruppen¹ unterzeichnet wurde, heißt es: „Die Narrative, die Wirtz aufgreift und unreflektiert wiedergibt, sind dabei eigentlich schon längst widerlegt. Die Darstellung dieser als legitimen Beitrag zu einer Debatte lässt sich also nur als offene Transfeindlichkeit interpretieren. Und das in einem Zeitungsorgan, das sich eigentlich gegen rechte Hetze bekennt. Die Veröffentlichung des Kommentars von Herrn Wirtz ist nicht zuletzt wegen des Selbstbekenntnis der Aachener Zeitung zu verurteilen. In seiner Argumentation versucht der

Autor unter anderem Frauenrechte und Transrechte gegeneinander auszuspielen. Diese Strategie beruht vor allem auf veralteten und essentialistischen Verständnissen von Geschlecht und ist eine oft genutzte Taktik um die Selbstbestimmung von trans* Menschen zu untergraben. Wer sich ernsthaft um die Rechte und den Schutz von Frauen und Minderheiten schert, weiß dass die Rechte der einen Gruppe nicht die Rechte der anderen beschneiden. Ganz im Gegenteil: Beide sind zwei Seiten der selben Medaille und können nicht ohne die Rechte der „anderen“ Gruppe ihre Vollendung finden.“

Weiterhin kritisiert der Brief: „Besonders aber durch Veröffentlichung am zweiten Tag des Pride Month, während dem die queere Community den Stonewall Riots von 1969 gedenkt und besonders aktiv für ein besseres Leben aller Menschen kämpft, provoziert dieser Kommentar. Neben Berichterstattungen zum Christopher Street Day, der am vorigen Tag in Aachen statt fand, auch noch einen solchen Text zu veröffentlichen stellt wohl die Höhe der Farce, die die Aachener Zeitung zu spielen scheint, dar. Weswegen genau die AZ dieses Spiel spielt, lässt sich nicht sagen. Fest steht aber, dass dadurch, dass transfeindlicher Rhetorik eine Plattform durch die Aachener Zeitung gegeben wird, diese auch als Positionierung der AZ zu sehen ist“.

In dem Brief wurde eine Entschuldigung der Aachener Zeitung sowie eine Veröffentlichung des Briefs gefordert. Beides ist bislang nicht passiert.

Letztendlich bleibt nur zu sagen: Wirtz empfindet sich offenbar in einer Art emotionaler Verirrung als ernstzunehmenden Journalisten. Für dieses Gefühl gibt es keine von außen messbare Grundlage. Ganz rational und objektiv betrachtet sollten die Aachener Nachrichten sich daher klar von ihm und seinem Artikel distanzieren. Dass das passiert, ist eher unwahrscheinlich: Mit weiteren rechten Populisten wie Marlon Gego und Robert Esser ist Wirtz bei der Lokalzeitung in bester Gesellschaft. Leider. Dabei bräuchte es in diesen Zeiten des Rechtsrucks dringend eine Berichterstattung, die sich rechten Narrativen entschieden entgegenstellt.

Insgesamt liest sich Wirtz' Artikel wie ein schon tausendmal dage-



wesener Randspalten-Kommentar irgendeines alten weißen Internet trolls, dem der ganze Wokeismus zu viel wird. Oder der auf sein sexistisches oder rassistisches Verhalten aufmerksam gemacht wurde und sich auf die alte „MANDARFJAHEUTEGARNICHTSMEHR-SAGEN“-Leier zurückbesinnt. Ob der Autor sich bewusst ist, wie sehr er mit diesem Text rechte und antifeministische Narrative bedient, ist unklar. Wirtz war bislang nicht sonderlich negativ aufgefallen, bislang veröffentlichte er

hauptsächlich Artikel zu lokalen Themen im Kreis Heinsberg. Zu seinen aktuellen Texten zählen zwei eher unproblematische Interviews mit queeren Initiativen. Es bleibt zu hoffen, dass Wirtz vielleicht doch noch erkennt, dass dieser Kommentar ein Griff ins Klo war, und sich beim nächsten Mal vielleicht etwas besonnener mit der Thematik auseinandersetzt.

Herta Ä

¹Der Brief wurde unterzeichnet von: Artemis Bookshop, Antifa Jugend Aachen, DIE LINKE Kreisverband Städteregion Aachen, Distel - QFAC Aachen, Freie Arbeiter*innen-Union Aachen, Fridays For Future Aachen, Grüne Jugend Städteregion Aachen, Jusos Aachen-Stadt, Linksjugend [solid] Aachen, Offenes Antifa Treffen Aachen, Queerreferat an den Aachener Hochschulen, Simon Roß, Vorsitzender des AstA der RWTH Aachen, SAV Aachen, DIE LINKE.SDS Aachen, Students For Future Aachen, Studis Gegen Rechts Aachen.

Trans*-Menschen sind Menschen, die sich nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugeordneten Geschlecht identifizieren. Darunter fallen auch Menschen, die sich nicht mit einem binären Geschlecht (also „Frau“ oder „Mann“) identifizieren.

Bis vor kurzem galt das „Transsexuellengesetz“ von 1980, welches eine aufwändige, teure und oft als sehr entwürdigend empfundene Prozedur für die Personenstandsänderung voraussetzte. Das Selbstbestimmungsgesetz, das im April 2024 verabschiedet wurde, soll es trans*- und intergeschlechtlichen Personen erleichtern, ihren Vornamen und Geschlechtseintrag ändern zu lassen. Dafür soll eine standesamtliche Erklärung ausreichen.

Leseempfehlung zum Thema: In der Broschüre „Soll Geschlecht jetzt abgeschafft werden?“ des LSVD wird auch auf einige der Mythen, die Wirtz in seinem Artikel reproduziert, eingegangen.

Sommer, Sonne, L'isola

Das Sommer-Protest-Fest

In Aachen hat sich vor einigen Monaten ein loser Haufen Menschen zusammengefunden, um ein Sommer-Protest-Fest zu veranstalten. Das Fest, um gemeinsam zu feiern, uns zu bilden und auszutauschen, wird vom 03.07.–07.07. im Frankenberger Park stattfinden. Inhaltlich haben wir uns auf fünf Themengebiete geeinigt, an denen wir uns orientieren wollen: Arbeit & Wohnen, Internationalismus & Frieden, Ökosysteme & Landwirtschaft, Energie & Mobilität und Strategie & Debatte. Wir kommen aus verschiedensten Gruppen, was uns eint, ist der Drang nach Zusammenhalt und Stärke in und außerhalb der Bewegung. Ihr kennt das Problem: Für die einen sind wir zu radikal und für die anderen zu angepasst. Uns ist es wichtig, Menschen zu sensibilisieren und ihre Anliegen zu hören, ohne sie mit Szenefloskeln direkt wieder abzuschrecken. Wir wollen vereinen und Gräben schließen, die so viele ständig weiter versuchen aufzureißen. Das ist enorm schwierig und bedarf viel Diskussion und Energie. Dafür arbeiten wir in Arbeitsgruppen zu spezifischen Themenfeldern, wie Infrastruktur, Presse, Finanzen oder Programm. Du hast Lust, etwas beizutragen oder einfach mal beim Plenum vorbeizuschauen? Dann schreibe uns doch gerne auf Instagram unter [lisola.ac](https://www.instagram.com/lisola.ac) oder schicke eine Mail an kontakt@lisola-aachen.de. Du brauchst gar kein Vorwissen! Wir freuen uns auf dich!

L'isola



Gedicht

Markus Söder

Der starke Mann und das Klima

Enttäuscht ist Herr Söder von der Natur, an Respekt vor Bayern zeigt die nicht die Spur, vielmehr hat sie voller Tücke und durch manchen Deiches Lücke, viele Bayrische Städte ertränkt und damit Herrn Söder persönlich gekränkt.

Klar, dass Markus – als starker Mann – sich das nicht bieten lassen kann. Jetzt wird's wieder schwurbeln – woke, links und grün, mehr für unser Klima zu tun: Mehr Windkraft, weniger Treibhausgas, weil angeblich kommt sowas von das.

Doch das sieht der Markus gar nicht ein, sollen die Ökos und Wokees doch schreien, Klimaschutz kostet ihn Wählerstimmen, und auch die von Wähler*innen Er wird das Klima verbieten, nicht schützen, das würd' eh nur den Malediven nützen.

Auf seiner Schulter wie ein Papagei freudig krächzt Populisten-Gnom Aiwanger: So ist's rechts, so ist's rechts. Nur Verbote können in Bayern was ändern, wir haben's erlebt zuletzt noch beim Gendern.

Drum wird in Bavaria – es ist nicht zu fassen – Von oben jetzt ein Gebot wohl erlassen, geltend für Regenwassermassen, jegliches Überfluten zu unterlassen und Flussbette unter Strafanzeige nicht zu verlassen.

So zeigt Söder erneut sich als starker Mann, der nur so kann, wie er halt kann.

Kaspar



RAUM FÜR KREATIVES

Otter in der U-Bahn-Galuf Leinwand von TK 24



"Falling for you" von madmagx.



Zwei von Linde, vom matiarichArt Kollektiv, Inst. @linde_art



Slowways in Wild Rover, Aachen, am 25.05.24, Foto von Linde.



"Fünf Minuten ewige Stille"
Öl und Acryl auf Leinwand und Stoff, 70x100 von Lu*

Ich beschäftige mich viel mit dem Thema Endometriose und habe es mir zur Aufgabe gemacht, dieses Thema mit meiner Kunst aufzugreifen, um dieses begreifbar zu machen und mehr ins Zentrum des gesellschaftlichen Diskurses zu bringen. Durch die Kunst versuche ich den Betrachter*innen Verständnis und Einsicht zu gewähren und vor allem den Betroffenen eine Stimme zu geben. Für weitere Informationen zu der Erkrankung Endometriose, schäut gerne bei mir auf Instagram vorbei @diffus_art, dort gibt es schon einige Texte und immer wieder Informationen für kommende Ausstellungen, in denen ich das Thema aufgreife.

Pressemitteilung

Warum gibt es vor Gericht keine Gerechtigkeit?

Gemeinsame Pressemitteilung des Solidaritätskreises Justice4Mouhamed, Defund the Police Dortmund und Justice Collective Berlin zum Prozesstag am 22.05.2024 am Dortmunder Landgericht

Wir berichteten bereits in Ausgabe 10 und 11 der Tacheles über den Tod von Mouhamed Lamine Dramé durch Polizist*innen in Dortmund am 08. August 2023. Momentan stehen fünf Polizeibeamt*innen vor Gericht, ausführliche Prozessberichte findet ihr auf der Internetseite des Solidaritätskreises.

Am 22. Mai 2024 findet am Dortmunder Landgericht der 13. Prozesstag für die fünf Polizeibeamt*innen statt, die im Fall der Tötung von Mouhamed Lamine Dramé angeklagt sind. Zu diesem Anlass veröffentlichen die Initiativen Solidaritätskreis Justice4Mouhamed, Defund the Police Dortmund und Justice Collective aus Berlin gemeinsames Infomaterial. Mit einem Flyer und einem Plakat veranschaulichen die Initiativen den systemischen Rassismus, in den der Fall eingebettet ist und weshalb sie vor Gericht keine Gerechtigkeit erwarten. Das Material zeigt, weshalb das Narrativ der vermeintlichen Rechtmäßigkeit von Polizei und Justiz fehlerhaft ist. Anthony Obst vom Berliner Justice Collective erklärt diesbezüglich:

„Gerichte sind keine neutralen Orte. Die Idee, dass dort so etwas wie »neutrale« Rechtssprechung auf Basis demokratisch ausgehandelter Regelwerke stattfindet, ist ein liberaler Mythos. Dieser hat wenig mit der Realität zu tun. Welche Menschen überhaupt im Gericht landen und wie dort mit ihnen umgegangen wird, steht eng mit sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Verbindung.“

Auch wenn im Fall der Tötung des 16-jährigen Mouhamed Lamine Dramé nun fünf Polizist*innen auf der Anklagebank sitzen, haben sie gute Chancen, glimpflich davonzukommen. Denn, so Obst weiter:

„Wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge werden Polizist*innen nur äußerst selten für Gewaltanwendung zur Verantwortung gezogen.“

Im Gegensatz dazu – so zeigt es das Infomaterial – werden zum Beispiel Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft öfter und härter von Gerichten verurteilt, als deutsche Staatsbürger*innen in vergleichbaren Fällen. Die strukturellen Ungerechtigkeiten des Strafsystems zeigen sich etwa auch im übermäßigen Polizieren und Bestrafen bestimmter Bevölkerungsgruppen, die im derzeitigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem verhältnismäßig wenig Macht haben. Zu diesen zählen unter anderem Wohnungslose, von Rassismus, Sexismus, und/oder Ableismus betroffene Personen sowie Menschen in psychosozialen Krisen. Menschen wie Mouhamed, die von mehreren dieser Diskriminierungen betroffen sind, werden dadurch von diesem System besonders vulnerabel gemacht. In seinem Fall hatte dies tödliche Folgen. Während bestimmte Personengruppen also strukturell im Strafsystem entmächtigt und von diesem bedroht oder sogar getötet werden, kommt der Polizei innerhalb der Gesellschaft und Justiz eine außerordentliche Macht zu. Dies betrifft auch beispielsweise ihre vermeintliche Glaubwürdigkeit vor Gericht. Anthony Obst

ergänzt dazu:

„Polizeiaussagen werden von gesellschaftlichen Akteur*innen sowie vor Gericht selten infrage gestellt. Dagegen anzukommen ist für von Polizeigewalt Betroffene und deren Angehörige eine enorme Herausforderung.“

Für die Angehörigen ist der Prozess eine enorme Belastung

Im Gerichtsprozess um die Tötung von Mouhamed Lamine Dramé wird diese Herausforderung deutlich. Aus Sicht der Angehörigen findet bei dem Prozess eine Täter-Opfer-Umkehr statt, bei der Mouhamed zu einer angeblichen Bedrohung für die Polizei gemacht wird. Die beiden Brüder Sidy und Lassana Dramé fühlen sich vom Gericht weder respektiert noch wertgeschätzt

„Für die Angehörigen ist der Prozess eine Retraumatisierung, denn auf ihre Bedürfnisse wird keine Rücksicht genommen.“

sagt Bo, Sprecher*in des Solidaritätskreises Justice4Mouhamed.

Ohne Einsicht oder Reue erklären die Beschuldigten, der Einsatz, bei dem sie Mouhamed töteten, sei aus ihrer Sicht gut gelaufen. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die Brüder öfters unter Tränen den Gerichtssaal verlassen. Sie würden gerne ein Statement abgeben, doch dies wird ihnen vom Gericht bisher verwehrt. Alex vom Solidaritätskreis ergänzt:

„Dass die Hinterbliebenen keines Blickes gewürdigt und in ihrem Anliegen und Schmerz nicht gesehen werden, ist nur schwer auszuhalten.“

Für die Initiativen hinter dem Infomaterial steht fest: Bei Polizeigewalt und ungleicher Behandlung im Gerichtssaal handelt es sich nicht etwa um eine Aneinanderreihung von Einzelfällen. Nicht nur in der Dortmunder Nordstadt gehört rassistisches Polizieren zum Alltag. Deutschlandweit setzt sich in Gerichtssälen der systematische Rassismus des Strafsystems fort. Defund the Police Dortmund betont daher, dass es sich bei dem Fall „um ein strukturelles Problem der vermeintlichen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden handelt, welches nicht durch Reformen gelöst werden kann.“ Die abschließende Forderung der Initiative lautet daher: „die Abschaffung der Polizei sowie neue Debatten zu emanzipatorischen und selbstorganisierten Formen von Sicherheit.“

Wir fordern:

Gerechtigkeit für Mouhamed und seine Familie, sowie für alle Betroffenen von rassistischer Polizeigewalt!

justice-collective.org
defund-the-police.org
justice4mouhamed.org

Was bedeutet „gerecht“ – und für wen?

Für die Justiz ist „Gerechtigkeit“ oft gleichbedeutend mit Bestrafung. Das macht die Sache für den Staat einfach: Er gibt die Verantwortung für soziale Probleme an Einzelne weiter, was weder Betroffenen noch Geschädigten hilft.

Im Fall von Mouhamed ist der Prozess besonders hart für seine Familie. Die Bedürfnisse seiner Brüder werden nicht berücksichtigt. Sie verlassen mehrmals unter Tränen den Gerichtssaal.

Die Gewalt, die Mouhamed getötet hat, wirkt durch das Strafsystem weiter nach.

Selbst wenn der Fall eintritt, dass die Polizist*innen für die Tat belangt werden – echte Gerechtigkeit kann es dadurch nicht geben. Weder für die Gesellschaft, noch für die Familien.

Echte Gerechtigkeit ist **transformativ** – das heißt, sie versucht, die Gesellschaft zu verändern. Alternative, transformative Gerechtigkeitsansätze müssen wir als Gesellschaft zusammen diskutieren und erproben.

Das Strafsystem schafft für die meisten Menschen keine „Sicherheit“. Stattdessen brauchen wir zum Beispiel mehr Wohnraum, Schutz vor Gewalt und Gesundheitsversorgung für alle, damit alle Menschen sicher leben können.

Wir fordern ein Justizsystem, das Menschen nicht retraumatisiert, wegsperret und den Beteiligten weiteres Leid zufügt.

Warum wir vor Gericht keine Gerechtigkeit erwarten: Der Fall Mouhamed Lamine Dramé

Eine Zusammenarbeit von dem Solidaritätskreis Justice 4 Mouhamed, Defund the Police Dortmund und dem Justice Collective Berlin

**08.08.2022:
Die Polizei erschießt Mouhamed**

Am 08.08. wird der 16-jährige Mouhamed Lamine Dramé in der Dortmunder Nordstadt von der Polizei erschossen. Der jugendliche Geflüchtete aus dem Senegal befindet sich zu diesem Zeitpunkt in einer tiefen psychischen Krise. In seiner Jugendhilfeeinrichtung hält Mouhamed sich ein Messer an den Bauch und ein Betreuer ruft den Notdienst. 15 Minuten später liegt Mouhamed Tod am Boden, nachdem ihn die Polizei mit Pfefferspray, Taser und Maschinenpistole attackiert. Mehr als zehn Polizist*innen sind an dem Einsatz beteiligt.

Die Polizei ermittelt gegen sich selbst

Die Polizei Recklinghausen nimmt die Ermittlungen gegen ihre Kolleg*innen auf. Eine neutrale Ermittlung gibt es nicht. Die Bodycams der Polizist*innen sind ausgeschaltet während des Einsatzes und die Tonaufnahmen vom Notruf zeigen: der Einsatz lief anders ab, als es die Polizei darstellt.



Interview

Fuck Racism – Save Lives

Zu Besuch in der Werft: Einblicke in die Seenotrettungsorganisation Sea Punks

Wir sind auf dem Weg nach Augusta in Sizilien, wo das Seenotrettungsschiff „Sea Punk I“ in seiner Werftzeit liegt. Dort werden kleinere Reparaturen vorgenommen, um wieder aufbrechen zu können und Menschen in Seenot zu retten.

Wir kommen am Schiff an, es ist vergleichbar klein, aber mit Medizincontainer, RIB¹ und kleineren Aufbauten gut ausgestattet. Was direkt ins Auge fällt, ist der Slogan auf der Vorderseite: „Fuck Racism Save Lives“. Ich muss direkt an den Text „Das Problem heißt Rassismus“ von Sea Eye denken, der in Ausgabe 10 der Tacheles erschienen ist. Dort schrieben sie über die reibungslose Rettung einer Britin aus dem Mittelmeer im Jahr 2018 und vergleichen diese mit dem Pushback eines Schlauchboots aus Libyen im Jahr 2020. Wir treffen Stephen vom Sea Punks e.V. und fragen ihn:

Gibt es da eine Story hinter dem Schriftzug?

Stephen: Ich bin selber erst seit einem Jahr bei den Sea Punks. Es gehört aber zu unserem Grundverständnis, dass diese Seenotrettungsfälle keine Unfälle sind. Da steht ein rassistisches Abschreckungssystem dahinter, das Menschen auf immer unsicherere Fluchtrouten zwingt und eben auch Tote in Kauf nimmt, um die europäische Grenzpolitik umzusetzen. Und deswegen auch „Fuck Racism“, um darauf hinzuweisen: Rassismus ist das Problem, das wir hiermit bekämpfen wollen.

Neben den ganzen Menschen, die hier augenscheinlich hart arbeiten, fragen wir uns: Was ist denn eigentlich deine Aufgabe hier?

Stephen: Ich bin im Crewing Department. Das bedeutet, dass wir die Crews zusammenstellen für die Rotationen, aber auch die Crews für die Werftzeiten hier. Und da gehört natürlich auch dazu, zu schauen, dass die Leute dann die richtigen Zertifikate haben, die richtigen Trainings von uns bekommen und sie sich gut aufgehoben fühlen. Eine psychologische Vor- und Nachbereitung ist für die Rotationen besonders wichtig, aber wir haben auch einen generellen Reporting Mechanism entworfen, für Leute, die sich irgendwie an Bord unwohl fühlen oder denen irgendwas zustößt. Zu meinem Job gehört also allgemein die Crewauswahl, aber auch der ganze Crew-Care-Aspekt.

Bei eurer jetzigen Werftzeit habt ihr ja verschiedenen Projekte. Wie findet ihr die ganzen Menschen dafür und wie setzt sich das Team hier zusammen?

Stephen: Wir haben ein Crewing-Formular, wo sich Leute eintragen und ihre Gewerke angeben können, wenn sie in der Werft mitarbeiten wollen. Wenn dann in der ersten Woche der Werftzeit die Baustellen geplant werden, fragen wir beim Projectlead nach: Welche Gewerke braucht ihr und wie viele davon? Und dann gucken wir uns an, wie

viel Schlafplätze wir haben und teilen das dementsprechend auf. Und wenn wir dann irgendwo einen Mangel haben, wie jetzt zum Beispiel bei den Metallarbeiter*innen – das war diese Werftzeit ein bisschen schwieriger – dann machen wir natürlich auch große Aufrufe auf Social Media oder bei den anderen NGOs, um Leute zu finden.

Beim Betreten des Schiffs fällt die ein oder andere Roststelle ins Auge. Was steht noch auf dem Plan bei eurer Werftzeit und was müsst ihr machen, bevor ihr wieder los könnt?

Stephen: Wir haben schon unseren Ballast ausgebaut und den Tank renoviert, wo der Ballast dann auch wieder reinkommt. Die Baustelle ist noch nicht ganz abgeschlossen, aber ansonsten wären wir dann schiffsbetriebstechnisch wieder fahrbereit. Jetzt geht es nur noch um Kleinigkeiten, z. B. dass im Medizincontainer noch einige Sachen verbessert werden, dass die Elektronik überholt wird und dass Rost ausgebessert wird. Rost auf dem Schiff ist so ein Prozess, der hört nie auf, da muss man immer dran bleiben.

Stephen: Das ist jetzt Spekulation. Ich glaube, wenn man auf die ganze NGO-Bubble schaut, gab es diese Versuche, unsere Arbeit zu behindern, auf jeden Fall. In unserem Fall will ich das nicht unbedingt bejahen, aber die Vermutung steht schon im Raum.

Jetzt würde ich gerne mehr über eure Rotationen erfahren. Vielleicht nochmal kurz zum Begriff Rotation. Warum reden wir nicht von Mission oder Einsatz?

Stephen: Das hat primär damit zu tun, dass die NGOs früher immer Mission oder Einsatz gesagt haben. Diese Ausdrücke kommen aber aus dem militärischen Sprech und gerade Mission klingt auch ein bisschen nach White Saviorism und ein bisschen nach Missionsarbeit. Davon wollen wir uns abgrenzen. Rotation kommt einfach aus der Schifffahrt und dann haben wir gesagt, wir sind ein Schiff, das passt besser. Und wir sind auch nicht die einzige NGO, die den Begriff inzwischen benutzt.



Schweißarbeiten an der Reling. (Bild: Yahya Shaar)

Maschine zu erfüllen, braucht man mindestens eine Schiffsmechanik-Ausbildung, wenn wir im deutschen Sprech sind. Das wäre der STCW-Code III/5. Da sind wir tatsächlich einfach durch die Berufsschifffahrt gezwungen, dass da bestimmte Lizenzen erfüllt sein müssen. Das ist zum Glück bei anderen Positionen nicht der Fall. Mehr Infos findet ihr auf unserer Website unter Jobs.

Warum heißt ihr denn überhaupt Sea-Punks?

Stephen: Der Verein hat schon sehr früh mit verschiedenen Punk-Bands zusammengearbeitet, um Aufmerksamkeit auf das Projekt zu lenken. Und der Verein hat sich gegründet und gesagt, wir machen das DIY. Dieser DIY-Gedanke ist ganz groß bei den Sea Punks. Und da wird auch immer wieder gesagt, entweder wir machen das so, wie wir es für richtig halten, oder wir lassen es. Wenn es nicht funktioniert, dann lassen wir es einfach – ich glaube, das unterscheidet uns von anderen NGOs. Wir sagen zum Beispiel auch „kein Gott, kein Staat“, also nehmen wir kein Geld von der Kirche und kein Geld vom Staat an. Wir machen das halt im Punker-Style, im DIY-Style.

Dann hoffen wir, dass die Reparaturen bald abgeschlossen sind und wünschen euch viel Erfolg bei der nächsten Rotation! Und wir fragen uns natürlich: Wie können wir euch neben den Arbeiten auf dem Schiff unterstützen?

Stephen: Natürlich auf unsere Website gehen, sich informieren. Infos über die zivile Flotte und das Thema Seenotrettung sind grade einfach sehr in der Ebbe. Eine Aufgabe kann also sein, das Thema in die Gesellschaft zu tragen, da ja immer wieder eine starke Müdigkeit besteht, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Das Zweite wäre dann Spenden. Wir sind ja auch auf ganz ganz vielen Konzerten vertreten, wo man sich bei uns Merch kaufen kann. Bei unserem Online Shop natürlich auch. Und ansonsten gründen wir gerade in immer mehr Städten sogenannte Street Teams. Das sind quasi so kleine Gruppen in Städten, die für uns auf Konzerte fahren, einen Merchandisestand machen und dort informieren und Spenden sammeln. In vielen großen deutschen Städten gibt es das schon, da kann man einfach mal anfragen, ob man unterstützen kann. Natürlich könnt ihr auch euer eigenes Street Team gründen. Dafür einfach eine Mail an streetteams@seapunks.de senden.

Tacheles x Sea Punks

¹ RIB steht für rigid-inflatable boat, auf deutsch: Fest-rumpfschlauchboot.



seapunks.de



Die Sea Punk I in der Werft in Augusta.

(Bild: Yahya Shaar)

Machen das hier alle auf freiwilliger und unbezahlter Basis?

Stephen: Ja. Wir haben eine kleine Zahl bezahlter Mitarbeitenden im Büro beziehungsweise remote. Aber alles, was hier passiert, geht nur mit Freiwilligen, die das unbezahlt machen.

Aber es geht hier ja nicht nur um ein bisschen Bootsbau. Erst vor kurzem postete Sea-Watch über Instagram, dass letzte Woche zwei Boote auf dem Weg von Tunesien nach Europa kenterten und über 55 Menschen vermisst werden. Neun Leichen wurden bereits geborgen. Wann geht eure nächste Rotation los und was fehlt euch, bis ihr loslegen könnt?

Stephen: Wir haben vor, noch drei weitere Wochen am Schiff zu schrauben, bis die Rotationscrew anreist. Und dann soll es auch schon wieder losgehen. Aber die Vergangenheit zeigt auch, dass bürokratische Hürden, die außerhalb unsere Macht stehen, uns dann noch hindern könnten, rauszufahren.

Was kann da passieren?

Stephen: So ein Schiff braucht ja immer mal wieder Inspektionen – bei uns jetzt zum Beispiel den Ballasttank. Und da ist es in der Vergangenheit schon passiert, dass die Inspektor*innen dann nicht wie erwartet gekommen sind, sondern erst zwei Wochen später.

Meinst du da, steckt eine Absicht dahinter?**Wie setzt sich euer Rotationsteam zusammen?**

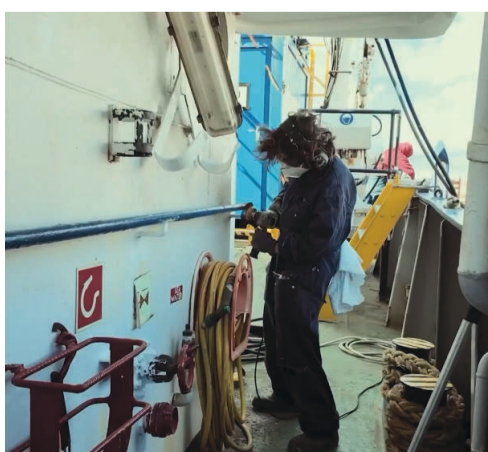
Stephen: Es gibt ein Brücken-Team, also Kapitän*in und zwei Offizier*innen. Für das kleine Rettungsboot, das RIB¹, gibt es ein eigenes Team bestehend aus RIB-Lead, RIB-Driver und RIB-Communicator. Dann sind auf dem Schiff drei Personen im Maschinenraum und eine Person, die kocht. Der Rest der Crew geht so ins Care-Department, also für den Fall, dass man Gäste an Bord hat. Sie beschäftigen sich dann mit der medizinischen und mentalen Versorgung, aber ansonsten auch mit der Crew Care.

Sind das auch hauptsächlich Freiwillige oder wie setzt sich das bei den Rotationen zusammen?

Stephen: Ja, das sind zum größten Teil auch Freiwillige, mit zwei Ausnahmen, wo wir tatsächlich Personen mit Verträgen angeheuert haben. Viele haben auch schon Rotationserfahrungen von anderen NGOs und andere kommen aus dem aktivistischen Spektrum oder einfach aus der humanitären Arbeit. Da sind wir auch in Kooperation mit anderen NGOs, um uns beim Thema Arbeitskräfte gegenseitig zu helfen – da besteht keine starke Konkurrenz, sondern Solidarität.

Ich habe gesehen, dass ihr eine Stelle ausgeschrieben habt für die Position Schiffsmechaniker*in. Was muss man für diesen Job mitbringen?

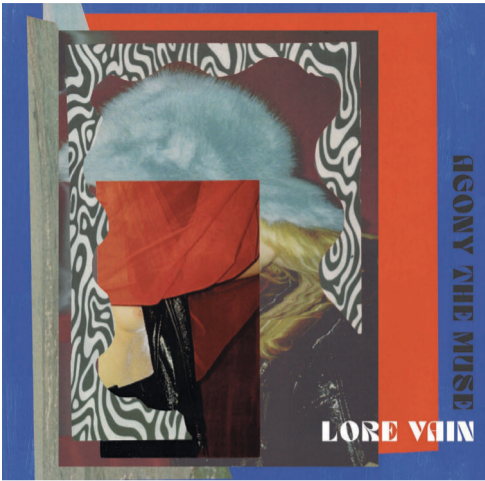
Stephen: Um bei uns die erste Position in der



Der Kampf gegen den Rost. (Bild: Yahya Shaar)

Musikempfehlung AGONY THE MUSE

Lore Vain



Faye Hintke aus Berlin ist Künstlerin durch und durch – egal ob Malerei, Photographie oder Musik.

Hier möchte ich das 2023 erschienene Album „AGONY THE MUSE“ ihres Soloprojekts unter dem Namen „Lore Vain“ empfehlen.

Selbst getextet, größtenteils selbst komponiert und co-produziert steckt in diesem Album ganz viel von ihr drin. Eine E-Gitarre, die sich wie ein roter Faden durch das Album zieht: mal laut, mal ruhig und gefühlvoll. Direkt mit dem Titelsong „AGONY“ wird klar, dass sie weiß, was sie tut und was sie will. Er fesselt und macht neugierig auf den Rest des Albums.

Der Sound des Albums erinnert sehr an Indie-Rock, aber nicht generisch, sondern mit Charakter.

In ihren Texten geht es um Schmerz. Um den Umgang damit. Um das Anerkennen und Aushalten. Um das Loslassen von etwas, was schwerfällt, aber sinnvoll ist. Um das Gefühl, die Kontrolle zu verlieren. Um die geheime Hoffnung, dass etwas doch funktioniert. Um den Wunsch, jetzt erst recht etwas zu machen.

„You got me blinded
For what I wanted
Beautiful son
I'm putting sand on your tongue
And got it twisted
The thing you missed it
I got you twisted
But I do nothing do nothing
What you want
Or what you need“ - Control

Es überrascht nicht, dass dieses Album nach einer Trennung geschrieben worden ist. Egal wo du gerade in deinem Leben stehst oder was in deinem Kopf abgeht: Dieses Album hat das Potenzial dich einfach da abzuholen und mitzunehmen.

Panpot



Flachwitze mit Torben

Was tragen kurzsichtige Kickboxer*innen, um ihre Sehfähigkeit zu verbessern?

Vollkontaktlinsen

Das Spiel mit der Vergangenheit

Zur Entwicklung der Debatte um Erinnerungspolitik und Antisemitismus innerhalb der deutschen Linken

Wie in der BRD an den Nationalsozialismus oder, um genauer zu sein, an dessen Opfer gedacht werden soll, ist nicht erst seit kurzem eine hochemotionale Debatte, die von politischer Vereinnahmung geprägt ist. Die ersten 20 Jahre nach dem Ende des NS waren geprägt von Schweigen. Dieses wurde durch große Prozesse gegen Täter (Nürnberg, Frankfurt) zwar immer mal wieder durchbrochen, doch begann eine öffentliche Debatte relevanten Ausmaßes erst so richtig mit den Student*innenprotesten der sogenannten 68er. Offensiv wurde die Frage gestellt, was denn die Eltern und Großeltern gemacht hätten zwischen 1933 und 1945. Der Großteil der Student*innen bezog sich am Anfang noch auf die Kritische Theorie, die vor allem in Frankfurt mit Adorno und Horkheimer, aber auch durch Studenten wie Hans-Jürgen Krahl prominent vertreten war. Die Kritische Theorie ist eine Gesellschaftsanalyse, die einerseits auf einer neuen Rezeption des historischen Materialismus von Marx und andererseits auf der Psychoanalyse von Freud aufbaute. Sie war Bezugspunkt für eine antiautoritäre Linke, welche sich auch durch eine Abgrenzung zum Kommunismus stalinistischer Prägung definierte. Die Erkenntnisse der kritischen Theorie wurden im Laufe der 1970er Jahre immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Der alte Marxismus-Leninismus zog ein in die BRD-Linke und brachte seine theoretischen wie praktischen Probleme mit sich: auch eine schrittweise Abkehr von der Antisemitismusanalyse als zentralen Punkt der Auseinandersetzung mit dem NS.

Der Rest der BRD-Gesellschaft wurde Ende der 1970er Jahre zum ersten Mal im großen Stil mit der Shoah konfrontiert. Die Serie „Holocaust“ drang über die dritten Programme in die Wohnzimmer der Republik ein und warf auch außerhalb der politischen Linken Fragen in den Köpfen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf. Die Reaktion der Neo-Nazis war dementsprechend heftig, so gab es Sprengstoffanschläge an Sendemasten in Rheinland-Pfalz und NRW. Doch es gab kein Zurück mehr. Die politischen Rechte musste sich auch der Auseinandersetzung stellen und einige ihrer Protagonist*innen änderten ihre Strategie – retten, was noch zu retten ist. So versuchten Bundeskanzler Kohl und US-Präsident Reagan in Bitburg 1985 eine gemeinsame Ehrenrettung des gemeinen deutschen Landsers, also Wehrmachtssoldaten, und reichten sich auf dem Soldatenfriedhof freundschaftlich die Hände. Da sich zu diesem Zeitpunkt noch das Bild von der sauberen Wehrmacht aufrechterhalten ließ, wurden vor allem die Grabstätten für Mitglieder der Waffen-SS auf dem Friedhof zum Ziel öffentlicher Kritik. Doch kam diese vor allem aus den USA (z.B. der Ramones-Song „Bonzo goes to Bitburg“ behandelt die Kontroverse). Die deutsche Linke war zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich mit dem antiimperialistischen Kampf gegen die USA beschäftigt.

Im Historikerstreit zwei Jahre nach Bitburg zeigte eine andere Variante der Erinnerungspolitik ihr Gesicht. Ernst Nolte behauptete in der FAZ, die Deutschen hätten eine „asiatische Tat“ (gemeint ist die Shoah) nur begangen, um der Vernichtung durch die Sowjetunion zuvorzukommen, also quasi eine Art Notwehr. Geschichtsrevisionismus in deutschen Qualitätsmedien. Michael Stürmer stellte in dieser Debatte dann etwas später fest, „dass in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die

Vergangenheit deutet“. Er sprach also offen aus, um was es ging und geht: um die Legitimierung von aktueller und zukünftiger Politik.

Die 1990er Jahre waren vor allem durch die Debatte um die Täterschaft und Verantwortung der Zivilbevölkerung geprägt und, im Zuge der Wehrmachtsausstellung, um die Rolle der Wehrmacht in der Shoah. So wurde die Ausstellungseröffnung in München durch den bis dato größten Naziaufmarsch in der BRD begleitet. 5000 Nazis und Neo-Nazis marschierten durch München und forderten unter anderem „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten!“. Die Erinnerungspolitik war und ist für die extreme Rechte



(Illustration von Grignon)

weiterhin eines der wichtigsten Politikfelder. In Dresden versuchen sie es mit einer Täter-Opfer-Umkehr und lügen die Zahlen der Opfer der alliierten Bombardierung auf eine halbe Million hoch (35.000 bis 40.000 sind wohl realistischer). Oder man bezeichnet die Zeit des NS als „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ (Gauland, AfD). Gerade dem völkischen Teil der AfD ist viel daran gelegen, die deutsche Geschichte als eine unter vielen zu erzählen. Diese Normalisierung und somit auch die Wiederherstellung nationaler Souveränität (was auch immer das sein soll) sind wichtig, um auf weltpolitischer Ebene wieder unbefangen sagen zu können, was man möchte und seine außenpolitischen Bestrebungen nicht mehr mühsam aus einer Lehre aus der Geschichte abzuleiten. Doch ist nicht nur der politischen Rechten an einer Umdeutung der Vergangenheit gelegen. Die sogenannte Mitte (was auch immer das sein soll) zieht hieraus auch ihre Legitimität, der Nato-Einsatz in Jugoslawien wurde durch die SPD und die Grünen durch eben diese Lehren aus der Vergangenheit gerechtfertigt und politisch legitimiert. Und auch die Linke mischt oft genug dabei mit, vor allem, um ihren eigenen Antisemitismus zu rechtfertigen.

Am 9. November 1969 wurde eine Bombe im jüdischen Gemeindehaus in Berlin gelegt. Die ca. 250 Anwesenden gedachten dem 31. Jahrestag der Reichspogromnacht. Die Bombe, geliefert von einem V-Mann des Verfassungsschutzes explodierte aufgrund eines defekten Zeitzünders nicht. Eine linksradikale Gruppe um Dieter Kunzelmann bekannte sich zu dem Anschlagversuch. Kunzelmann war wenige Monate davor mit einigen Genossen nach Jordanien gereist gewesen, um sich von der Fatah an der Waffe ausbilden zu lassen. In dem Bekennerschreiben der linken Stadtguerilla Tupamaros Westberlin findet man eine Form des Antisemitismus, die

sich leider bis heute immer wieder findet: „Aus vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“ Die alten Opfer seien die neuen Täter und müssten daher unter allen Umständen gestoppt werden. Der Historiker Moishe Postone schrieb einige Jahre später, dass er hierin das Bedürfnis junger deutscher Linker sehe, die Fehler und Taten der Elterngeneration zu verarbeiten, die damals nicht in den Widerstand gegangen sei. Demgegenüber zeige man einerseits durch eine Bezugnahme auf die Volksbefreiungskämpfe, dass man selbst nicht untätig geblieben wäre im Angesicht des Grauens der Gewalt. Andererseits reihe man die Shoah in eine Geschichte der Gewalt ein, in der mal die einen und mal die anderen die Täter sind. Auf die Besonderheiten der Vernichtung des europäischen Judentums

muss dann nicht weiter eingegangen oder sich gar damit beschäftigt werden, was die Shoah für die Kritik der Gesellschaft und für die Fragen der Befreiung der Menschheit bedeuten müsste. Die oben genannte Kritische Theorie und ihre Vertreter versuchten sich genau an dieser Aufgabe. Doch wurden ihre Ansätze gegen die antiimperialistischen Ansätze eines Kunzelmann und Anderer eingetauscht. Der nationale Befreiungskampf und das Volk als Kategorien des vermeintlich kritischen Denkens ersetzen Klassenkampf und Ideologiekritik. In den 1980er Jahren begann in der deutschen Linken an manchen Stellen ein Umdenken.

Während die Revolutionären Zellen, eine militante und bewaffnete Gruppe, ihren eigenen Antisemitismus in öffentlichen Texten („Gerd Albertus ist Tod“) aufarbeiteten und sich vom internationalistischen Kampf verabschiedeten, wurden erste (Klein-) Gruppen lauter, welche den Antizionismus und Antisemitismus innerhalb der Linken zu kritisieren begannen. Postone hatte noch Ende der 1970er kritisiert, dass die Linke den NS vor allem in seiner Form als ultra-autoritärer Polizeistaat wahrnahm und somit auch die Verfolgung von politischen Gegnern und Kriegstreiberei in den Vordergrund stellte. Diese neue Strömung in der Linken analysierte dann auch vor allem den Antisemitismus und seine Funktion als Welterklärung. Sie wurden und werden von ihren politischen Gegnern als ‚Antideutsche‘ bezeichnet, was auch, zumindest zeitweise, als Eigenbezeichnung übernommen wurde. Heute gilt der Vorwurf des Antideutschen oder Zionisten viel zu oft als gleichbedeutend mit der eines Faschisten. Doch hat vor allem diese Intervention in die deutschsprachige Linke bezweckt, dass der antizionistische Kampf immer weniger Stellenwert im Denken eben jener Linken einnahm. Doch spätestens nach dem 7. Oktober ist klar, dass sich daran in den letzten Jahren etwas geändert hat.

Auch schon weit vor dem 7. Oktober tauchte im AZ Aachen folgende Parole auf: „Free Gaza from German Guilt“. Hier zeigt sich wieder der alte Antisemitismus innerhalb der Linken. Die Vergangenheit soll ihr in ihrem (antizionistischen) Business as Usual nicht im Weg stehen. Kunzelmann sprach damals noch vom „Judenknax“ der deutschen Linken. Man müsse endlich wieder ungeniert Juden töten dürfen. Traurige Aussichten für eine Linke und für die Befreiung der Menschheit. Lasst uns daher Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus, auch in unseren Reihen, nicht unwidersprochen lassen.

Diskursiv Aachen

Gemüse im Kopf

Dieses Mal: Superfood – Wie super ist das eigentlich?

Kaum ein Einkauf, bei dem man nicht darüber stolpert: Super-Gemüse und Super-Obst fluten die Läden und sind seit einigen Jahren dermaßen gehypt, dass Menschen viel Geld dafür ausgeben – worüber sich vor allem die Lebensmittelindustrie freut.

Dabei ist „Superfood“ ein reiner Marketingbegriff für meist exotische Lebensmittel, die sich durch einen besonders hohen Gehalt an Nährstoffen auszeichnen und daher als gesundheitsfördernd gelten. So enthalten sie Stoffe, die sich positiv auf die Verdauung auswirken, denen man entzündungshemmende Eigenschaften nachsagt und die das Immunsystem stärken sollen. Tatsächlich gibt es auch wissenschaftliche Studien, die positive Effekte bestimmter Superfoods belegen können. Kritische Stimmen bemängeln, dass viele der positiven Eigenschaften nicht eindeutig nachgewiesen

werden konnten oder nur bei übermäßigem Verzehr zur Geltung kommen. Zudem wurden einige Studien von Herstellern oder Vermarktern von Superfoods gesponsert – die Industrie hat natürlich ein großes Interesse daran, exotische und teure Produkte als „Superfood“ zu bewerben, um höhere Gewinne zu erzielen.

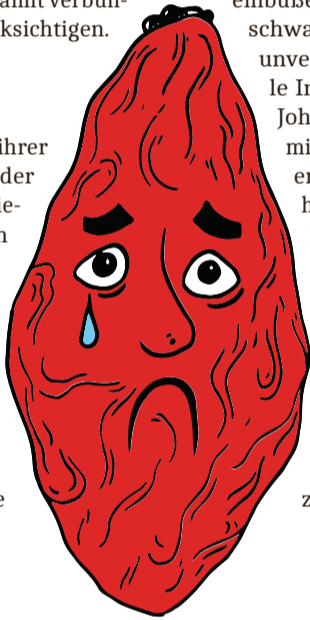
Also sollte man kritisch hinterfragen, ob der Konsum von Superfood wirklich notwendig ist oder ob es nicht ebenso gesunde Alternativen gibt, die regional, nachhaltiger und günstiger sind. Zum Beispiel können lokale Früchte und Gemüse genauso viele „Superstoffe“, also zum Beispiel Antioxidantien und Nährstoffe, enthalten, wie einige der teuren Superfoods. Einige dieser Alternativen stelle ich euch hier mal vor:

„Superfood“ Chia Samen

Superfood, Heilmittel, veganes Wundermittel – Chiasamen sind im Trend. Sie enthalten tatsächlich viele gesunde Inhaltsstoffe, machen satt und lassen sich vielseitig einsetzen. Vor allem in der veganen Küche sind Chiasamen beliebt, denn die kleinen Körner haben hier eine besondere Eigenschaft: In Flüssigkeit quellen sie rasch auf und bilden ein stabiles Gel. Aus einem Esslöffel Chiasamen und drei Esslöffeln Wasser entsteht in 10 Minuten ein Gel, das ein Ei ersetzen kann. Im Kuchen ersetzt dieses Gel bis zu 50 Prozent der Fettmenge. Außerdem können Chiasamen Smoothies andicken oder Marmelade festigen, die dann weniger Zucker zum Gellieren benötigt. Allerdings sind sie auch ziemlich teuer und in Zeiten des Klimawandels sollte man auch den weiten Transport der Chiasamen und den damit verbundenen Kohlendioxid-Ausstoß berücksichtigen.

Alternative: Leinsamen

Heimische Leinsamen kann man in ihrer ursprünglichen Form, geschrotet oder als Mehl gemahlen verwenden. Die vielen gesunden Inhaltsstoffe machen Leinsamen besonders wertvoll und zur echten Konkurrenz für Chiasamen – teilweise enthält er sogar mehr davon, vor allem wenn er geschrotet wurde. Wie die Chiasamen bilden auch Leinsamen eine gelartige Konsistenz, die als Bindemittel für Teig bestens geeignet ist. Leinsamenöl gilt als das gesundeste Öl weltweit.



„Superfood“ Goji-Beeren

Goji-Beeren sind teuer und bei uns kommen meist nur noch Extrakte an. Zudem wurden in Goji-Beeren wiederholt Pestizidrückstände gefunden. Seitdem sind die Beeren schwer unter Beobachtung. Gesund wäre die Goji-Beere an sich schon: Sie enthält viele Vitamine und andere gesunde Stoffe. Grundsätzlich also tatsächlich ein Superfood, aber nur wenn man sie selbst anbaut, was sogar ganz gut klappt.

Alternative: Johannisbeere

Ebenfalls voller guter Vitalstoffe ist die Johannisbeere. Sie wächst in heimischen Gebieten, muss also keine langen Transportwege zurücklegen und dadurch an Nährstoffen und Frische einbüßen. Ganz besonders gesund ist die schwarze Johannisbeere, am besten unverarbeitet, sonst gehen wertvolle Inhaltsstoffe verloren. Schwarzer Johannisbeersaft ist ein altes Hausmittel gegen Halsentzündungen, weil er antibakteriell und entzündungshemmend wirkt. Bei rheumatischen Erkrankungen und Gelenkentzündungen wird diese Wirkung des Saftes, auch die eines Tees aus den Blättern, ebenfalls genutzt. Ein weiteres gutes Extra für Menschen mit weniger Kalorienbedarf: Die schwarze Johannisbeere hat nur etwa ein Siebtel des Kaloriengehalts im Vergleich zu Goji-Beeren.

„Superfood“ Matcha

Matcha wird vor allem zum Kochen, Backen oder für Smoothies verwendet. Das Pulver ist allerdings nichts anderes als feinst vermahlener Grüntee. Der Unterschied zum Grüntee ist also lediglich, dass Matcha aus dem ganzen Blatt gewonnen und nicht nur übergossen wird. Auch Matcha wird als Superfood verkauft und ihm nachgesagt, den Blutdruck zu senken, die Cholesterinwerte zu verbessern, Stress zu reduzieren, den Stoffwechsel zu verbessern und die Leistungsfähigkeit zu steigern.

Alternative: Regionale Teesorten

Es gibt eine Vielzahl heimischer Kräuter, die eine ähnliche Wirkung haben. Kamillentee wirkt beispielsweise beruhigend, Löwenzahn- und Hagebuttentee unterstützen die Verdauung und gegen hohen Blutdruck hilft z. B. Weißdorn. Das findet man überall am Wegrand und braucht dafür gar nichts zu kaufen!

„Superfood“ Acai-Beere

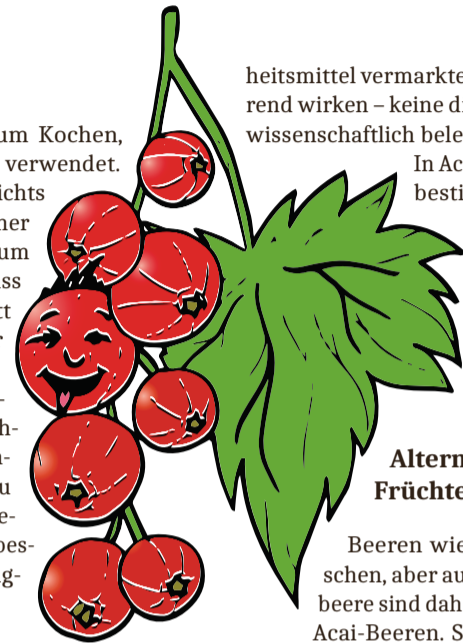
Die Acai-Beeren aus dem Regenwald bekommt man hier meistens gefriergetrocknet als Saft oder Pulver. Die Beere wird als Superfood und Schlank-

heitsmittel vermarktet und soll sexuell stimulierend wirken – keine dieser Wirkungen ist jedoch wissenschaftlich belegt.

In Acai-Beeren findet man einen bestimmten Pflanzenfarbstoff, der ihnen ihre dunkle Farbe verleiht, der schlank machen und sogar gegen Krebs wirken soll. Er ist aber auch in roten Beeren, die bei uns wachsen, enthalten.

Alternative: Heimische Früchte

Beeren wie Heidelbeeren, Sauerkirchen, aber auch die Schwarze Johannisbeere sind daher gute Alternativen zu den Acai-Beeren. Sie enthalten ebenfalls die gesunden Pflanzenstoffe und sind reich an Vitaminen und weiteren Nährstoffen.



Fazit: Sogenannte Superfoods können sofern sie nicht gerade in Kapselform verzehrt werden den Speiseplan durchaus bereichern und ganz neue Geschmackserlebnisse vermitteln. Ein gesundheitlicher Mehrwert im Vergleich mit der Vielzahl heimischer Gemüse und Früchte ist aber nicht zu erwarten. Es ist also wichtig, hier nicht blindlings jedem Trend hinterherzulaufen – denn am Ende sind lokale und saisonale Produkte oft genauso gesund und nachhaltiger als teure Gar-nicht-mal-so-Superfoods, mit denen sich vor allem Großkonzerne „gesund“ halten.

Ike

Damals – Jetzt

Teil 6: In the YEAR 2525 !!

Im Jahre 2002... ist alles vorbei“ so sang DANIELA auf ihrer Single 1969/70. Politische ANGEBOTE der Parteien werden stets mit PROGNOSE-Anspruch vertreten. „Die Renten sind sicher“ sagte in den 80ern Minister Blüm (CDU), dennoch wird weiterhin Angst geschürt, was Auszahlungen des Staates an Bürger betrifft (Bürgergeld zu hoch).

Der Zeitgeist ist vergesslich von daher steuern die einstigen Ereignisse nicht zwingend zur Weisheit der Massen bei. 1968 unterdrückt der Kreml den PRAGER FRÜHLING militärisch mit Einmarsch. In den USA werden Bürgerrechtler MARTIN LUTHER KING, ebenso der Präsidentschaftskandidat ROBERT KENNEDY zum Opfer von Attentaten. Der Vietnam Krieg wird für die USA weiterhin unverdaulich, gerade als Nordvietnam und VIETCONG im Frühjahr die TET-Offensive für sich beinahe zum Erfolg machen. In Frankreich gibt es massive Demonstrationen und Aufstände, welche Präsident DE GAULLE überfordern. In Deutschland erreicht die Student*innenrevolte ihren Höhepunkt, Kaufhäuser brennen, die RAF formiert sich. Ein Rechtsradikaler aus dem Bundesgebiet, schafft es eine Pistole mittels Interzonen Zug an den DDR-Grenzen vorbei zu schmuggeln, um dann RUDI DUTSCHKE (1940-79) vom Fahrrad zu schießen. Das Feindbild Student wurde in Springer-Zeitungen wie BILD und WELT geprägt. Schon damals war die POLITISCHE APATHIE der

Hauptmodus der politischen Willensbildung in der Konsumgesellschaft

„In the YEAR 2525“ ein Jahreshit aus 1969 vom US Duo ZAGGER & EVANS zeichnet eine Dystopie, in der die Technik den Menschen alles abnimmt. Darin wird erzählt, wie die Menschheit dehumanisiert wird. Sind es erstmal die Beine, die nichts mehr zu tun haben, wird dereinst die Menschheit im Reagenzglas gezüchtet. Doch bevor es soweit kommt: Die Seespiegel steigen, breite Teile der Öffentlichkeit ignorieren dies ebenso wie manches andere, was hier kurz zusammengefasst steht.

SOLDAT SCHWEIK - seit Jahrzehnten ist dies die satirische Komödie (verfilmt mit u.a. Rühmann und Muliar) Tip für Spott über das Soldatentum. Allerdings ist die gegenwärtige Infostand-Show der Initiative DIE UNBELEHRBAREN als Militärkritik (jüngst im Europawahlkampf in AC) eine Darbietung, welche letztlich unter dem Schutz der Bundeswehr stattfindet; und weniger die Unbelehrbaren, welche die Bundeswehr beschützen. Also Schwurblar Variation welche die Paradoxien der Wirklichkeit nicht aushalten wollen.

Theo Trickbeat



Vielfach ist es so: ERBEN wissen nichts mit hinterlassenen Sammlungen und Archiven anzufangen. DAS IST SCHADE. So gehen wichtige Quellen verloren. Wer solche loswerden will, wie z.B. Büchereien, Tagebücher, Sammlungen möge sich bei der Tacheles melden.

Zeitenwende

Aufrüstung und Sozialabbau!

Der Beitrag ist entstanden auf Vermittlung von Detlef Peikert (VVN-BdA Aachen, info-ac@vvn-bda.de). Er ist auch Mitglied im Verein „Informationsstelle Militarisation e.V. (IMI)“, imi-online.de. Dieser Verein arbeitet seit 1996 in einem breiten Spektrum friedenspolitischer Themen mit einem starken Fokus auf Deutschland und seine Rolle in der Welt. 2011 erhielt der Verein den „Aachener Friedenspreis“. Der Autor Jürgen Wagner ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Seitdem infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 die sogenannte Zeitenwende ausgerufen wurde, befindet sich der deutsche Militarismus auf der Überholspur. Allerdings zeigt ein genauerer Blick ein bemerkenswertes Maß an Kontinuität – die Grundlagen und daraus abgeleiteten Maßnahmen wurden bereits vor rund einem Jahrzehnt auf den Weg gebracht. Sie werden also aktuell „nur“ in gewissem Sinne fortgesetzt – aber auf ungleich höherem und damit auf gefährlicherem Niveau!

Münchener Führungskonsens

Nach dem – vermeintlichen, muss man heute wohl sagen – Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990er lag das primäre Augenmerk der deutschen Militärpolitik zunächst einmal darauf, Auslandseinsätze der Bundeswehr wieder salonfähig zu machen. Nach dem Aufbau entsprechender Truppen in den 1990ern war schließlich spätestens die Beteiligung am völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 der Schritt über den Rubikon¹. Es folgten danach eine Reihe weiterer Militäreinsätze, sodass das ranghöchste Bundeswehr-Dokument, das Weißbuch² aus dem Jahr 2006, zufrieden feststellen konnte, die Bundeswehr sei

nun eine „Armee im Einsatz“. Allerdings stießen derlei Militärinterventionen spätestens mit der nahezu zeitgleich einsetzenden Eskalation des Krieges in Afghanistan auf eine immer größere Skepsis in der Bevölkerung und sogar bei Teilen der Eliten. Als Resultat fand sich im schwarz-gelben Koalitionsvertrag des Jahres 2009 der Passus, Deutschland werde sich in Militärfragen von einer „Kultur der Zurückhaltung“ leiten lassen. Höhepunkt dieser Entwicklung war die deutsche Entscheidung, sich nicht am NATO-Angriffskrieg gegen Libyen 2011 zu beteiligen, was in großen Teilen der sicherheitspolitischen Entscheidungsträger*innen regelrechte Schockwellen auslöste. Es folgte das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“, mit dem diese Scharte ausgewetzt werden sollte. Es versammelte unter der Leitung der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und des „German Marshall Funds“ zwischen November 2012 und September 2013 etwa 50 Vertreter*innen des sicherheitspolitischen Establishments. Die Botschaft des am Ende veröffentlichten gleichnamigen Papiers war recht eindeutig – es brau-

che eine „neue Definition deutscher Staatsziele“, wofür ein Interessensbündel formuliert wurde, das sich fortan als prägend für die gesamte sicherheitspolitische Debatte erweisen sollte: Erstens strebt Deutschland eine Weltmachtposition an, ist aber als einer der Hauptprofiteure auch bereit, eine militärische Führungsrolle beim „Schutz“ der aktuellen Herrschaftsstrukturen („regelbasierte Ordnung“) zu spielen; zweitens muss diese Ordnung sowohl gegen „Herausforderer“ (insb. China und Russland) als auch „Störer“ (Iran, Venezuela...) verteidigt werden; drittens gilt die Europäische Union als unverzichtbarer Kraftverstärker; in der ebenfalls eine Führungsposition beansprucht wird; viertens wird dem Bündnis mit den USA weiter klar der Vorzug gegenüber anderen denkbaren Konstellationen gegeben, größere militärische Beiträge sollen aber zu einer Aufwertung des eigenen Einflusses führen; und fünftens können all diese Führungsansprüche und Ambitionen nur auf Grundlage einer hochgerüsteten Armee mit einer starken heimischen (und teils europäisierten) Rüstungsindustrie erreicht werden. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 fanden Teile aus dem Abschlussberichts dieses Projekts den Weg in die Rede des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck.

Jackpot Zeitenwende

Nahezu zeitgleich mit der Formulierung dieses fortan die Debatte maßgeblich bestimmenden „Münchener Konsenses“ kam es auch zu einer erneuten Eskalation im Verhältnis zu Russland, die als Startschuss für die Umsetzung der deutschen Führungsansprüche in der NATO diente (Aufbau einer neuen schnellen Eingreiftruppe, Leitung des NATO-Bataillons in Litauen, neue NATO-Kommandos in Ros-

tock und Ulm...). Parallel dazu rief die „Agenda Rüstung“ des Verteidigungsministeriums ab 2014 mehrere „Trendwenden“ (Personal, Material...) aus. Dazu gehörte auch, fortan bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die anscheinend „chronisch unterfinanzierte“ Bundeswehr hinzuweisen. Durch stetige Wiederholung gelang es, diese „Wahrheit“ in den Köpfen der Bevölkerung zu verankern, obwohl sie mit den realen Zahlen herzlich wenig zu tun hatte: Schließlich stieg der Rüstungshaushalt von 32,5 Mrd. Euro (2014) auf 50,1 Mrd. Euro (2022) schon vor der Zeitenwende auch inflationsbereinigt deutlich an. Die Zeitenwende-Rede von Kanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 enthielt dann zwei Kernelemente: Einmal wurde bekanntlich ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr ausgelobt; und zweitens wurden Militärausgaben von mindestens 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) angekündigt.

Diese Hürde soll in diesem Jahr erstmals genom-



Eine 120mm-Kanone von Rheinmetall für den Leopard-Panzer. Die Aufrüstung reißt Löcher in andere Etats, die für ein soziales Miteinander essenziell sind. (Bild: wiodi / CC BY-SA 2.0)

men werden: Für den offiziellen Militärhaushalt 2024 ist eine Summe von 51,95 Mrd. Euro vorgesehen; hinzu sollen voraussichtlich 19,8 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen sowie mindestens 14,5 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien (militärrelevante Ausgaben aus anderen Haushalten) kommen. Zusammen ergibt das in etwa 86 Mrd. Euro und damit grob 2 Prozent des BIP! Das Gerede von den 2% des BIP verschleierte allerdings die tatsächlichen Dimensionen, um die es hier geht: Denn bei einem geplanten Haushalts-Gesamtbudget von 476,8 Mrd. Euro im Jahr 2024 sind das (das nicht in diesem Betrag enthaltene Sondervermögen mit eingerechnet) rund 17 Prozent des Haushaltes.

Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime

Aktuell ist Deutschland der zweitwichtigste Waffenlieferant für die Ukraine. Nebenbei wurde damit auch eine der wichtigsten Säulen der deutschen Rüstungsexportkontrolle endgültig ad acta gelegt, nämlich keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu schicken.

Fast noch wichtiger waren die Beschlüsse beim NATO-Gipfeltreffen in Madrid Ende Juni 2022, wo ein gigantischer Ausbau der Schnellen Einsatzkräfte beschlossen wurde: künftig sollen 100.000 Soldat*innen innerhalb von 10 Tagen, weitere 200.000 in bis zu Tag 30 und nochmals 500.000 bis Tag 180 mobilisiert werden können. Deutschland sagte im Zuge dessen für die ersten beiden Bereitschaftsstufen 35.000 Soldat*innen zu – die erste Division soll nun bereits 2025 „startklar“ sein, wozu auch die rund 5.000 Soldat*innen zählen, die künftig dauerhaft in Litauen stationiert sein werden.

Personell steht die Bundeswehr weiter vor dem Problem, dass sie weit davon entfernt ist, an die erforderlichen Rekrut*innen gelangen zu können, um die der NATO zugesagten Divisionen befüllen zu können. Großangelegte Rekrutierungskampagnen werden damit nahezu unumgänglich und auch die wiedererwarteten Diskussionen um eine Re-aktivierung der Wehrpflicht sowie über die Präsenz der Bundeswehr an Schulen sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Der aktuelle militaristische Roll Back umfasst beispielsweise auch die massiven Angriffe auf die Zivilklauseln an vielen deutschen Universitäten. Auch früher noch undenkbar Forderungen wie die nach – auch offiziell so begründeten – Militäreinsätzen zur Durchsetzung ökonomischer Interessen (Fregatteneinsatz im Roten Meer) oder nach europäischen Atomwaffen werden nun ungeniert gestellt. All diese Entwicklungen orientieren sich an der Vorgabe der neuen verteidigungspolitischen Richtlinien vom 9. November 2023, denen zufolge künftig die „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“ gelten müsse.

Turbo-Militarismus durch Sozialabbau

So problematisch all die zuvor beschriebenen Auswirkungen der Zeitenwende auch jetzt schon sind, die eigentliche Auseinandersetzung, näm-

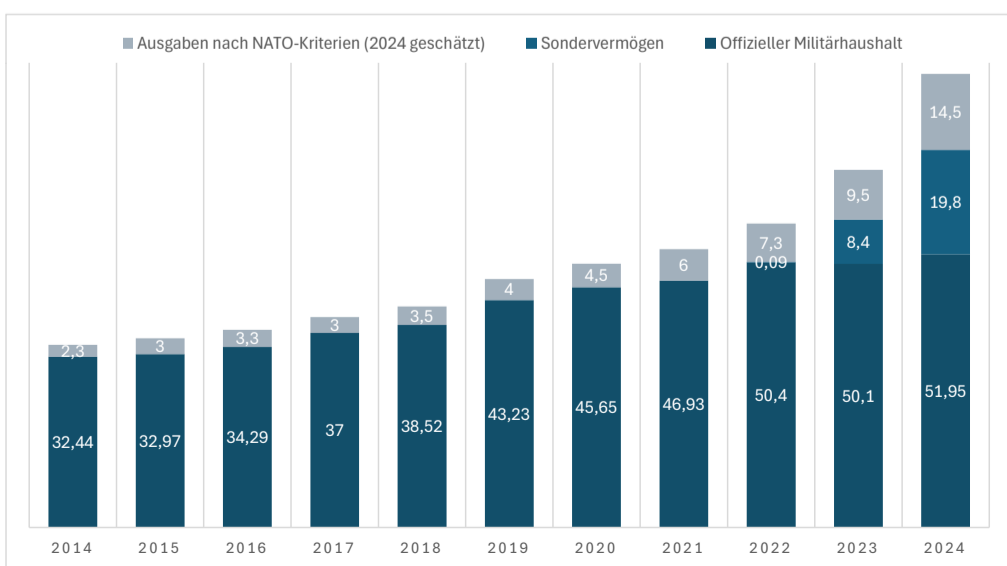
lich was passiert, wenn das Sondervermögen der Bundeswehr erst einmal aufgebraucht ist, steht erst noch bevor. Obwohl es gesetzlich keine Verpflichtung gibt, sich dauerhaft Militärausgaben oberhalb von 2% des BIP zu verschreiben, hat die Bundesregierung diesbezüglich gegenüber den NATO-Verbündeten Zusagen gemacht, von denen leider nur schwer wieder abzurücken sein wird. Bisher wird dieser Betrag durch Entnahmen aus dem Sondervermögen erreicht, das aber spätestens 2027 aufgebraucht sein wird. Aktuell rechnet die Bundesregierung, dass 2% des BIP 2028 etwa 97 Mrd. Euro betragen werden – die derzeitige Finanzplanung sieht allerdings für 2027 lediglich 60 Mrd. Euro (inklusive NATO-Kriterien) vor. Woher soll dann der Fehlbetrag von geschätzt 37 Mrd. Euro kommen? Grüne und Teile der SPD plädieren für eine neuerliche Aussetzung der Schuldenbremse, also eine Art Sondervermögen II. Dafür bräuchte es aber die Zustimmung der Union, die dies ebenso wie die FDP ablehnt.

Als Alternative würden nur haushaltsinterne Umschichtungen verbleiben. Was das bedeutet, hat Finanzminister Lindner mehr als deutlich gemacht: massive Kürzungen vor allem bei den Sozialausgaben. Der militaristische folgt die sozialpolitische Zeitenwende auf dem Fuß, wie unter anderem der emeritierte Politikprofessor Christoph Butterwege kritisierte: „Widersinnig ist es, das Ausmaß der Rüstungsanstrengungen eines Landes vom Bruttoinlandsprodukt, also von seinem Wirtschaftswachstum, statt von der militärischen Bedrohungslage abhängig zu machen. Jedenfalls verstärkt Aufrüstung die soziale Ungleichheit, denn sie macht die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Hauptprofiteure der außen-, energie- und militärpolitischen Zeitenwende sind die Großaktionäre deutscher und US-amerikanischer Rüstungskonzerne. Dass ihr fast zwangsläufig eine sozialpolitische Zeitenwende folgt, wird zur Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit führen.“

Jürgen Wagner

Chronisch unterfinanziert?

Militärhaushalt, NATO-Kriterien und Sondervermögen (in Mrd. Euro)



Chronisch unterfinanziert?

(Grafik: imi-online)

¹ Rubikon ist ein kleiner Fluss, der südlich von Ravenna in die Adria mündet. „Den Rubikon überschreiten“ dient als Metapher, sich unwiderprüflich auf eine riskante Handlung einzulassen. Historisch beruht der Ausdruck auf der Überquerung des Flusses in Richtung Rom durch Caesar und seine Truppen im Jahr 49 v. Chr. Die Überquerung war gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung an den Römischen Senat, es folgte der römische Bürgerkrieg. (siehe Wikipedia: Rubikon)

² Das Weißbuch ist ein durch das Bundesministerium der Verteidigung erarbeitetes und durch die Bundesregierung verabschiedetes Grundlegendokument, das die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland und der Verbündeten für die kommenden Jahre aus Sicht der Regierung darstellt und als Leitfaden für sicherheitspolitische Entscheidungen und Handlungen in Deutschland dienen soll. (siehe Wikipedia: Weißbuch Bundeswehr)

Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft

Nein zur Wehrpflicht, nein zum Kriegsdienst und nein zur Zeitenwende!

Schon so lange Staaten Kriege führen, entscheiden sich junge Menschen dagegen, fremdbestimmt für Macht- und Profitinteressen zu töten. Mehr als zehn Jahre mussten Jugendliche und junge Menschen in Deutschland diese Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung nicht fällen. Denn mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurde uns diese Entscheidung mehr oder minder abgenommen. Doch dieses Jahr könnte das Letzte sein, in dem wir nicht dazu verpflichtet werden, uns in den Dienst des deutschen Militärs zu stellen. Seit Wochen werden verschiedene Modelle zur Wiedereinführung der Wehrpflicht besprochen, sei es von Seiten der CDU oder auch vom Kriegsminister Pistorius persönlich, der noch Ende Mai einen ersten Entwurf vorstellen möchte. Die Zeichen stehen eindeutig auf Wehrpflicht, in welcher Form auch immer. Einhergehend mit der Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht erleben wir seit der Ausrufung der „Zeitenwende“ Anfang 2022 durch Bundeskanzler Olaf Scholz eine breite Militarisierung des politischen sowie gesellschaftlichen Raums. Die Verherrlichung von Militär und Kriegseinsätzen beim kürzlich beschlossenen Veteranentag, Jungoffiziere an Schulen und Universitäten, Angriffe auf die Zivilklausel, breit angelegte Werbekampagnen und jeden Tag Soldaten in Uniform an Bahnhöfen und im Zug. Es soll wieder eine gesellschaftliche Akzeptanz von Vernichtung, Vertreibung und Ausbeutung herbeigeführt werden. Und während Milliarden in die Aufrüstung gesteckt werden, beobachten wir einen massiven Abbau des Sozialstaats.

„Warst Soldat um zu sterben, nicht um jung zu sein.“

Doch so sehr Pistorius, Merz oder Scholz ent-

schlossen sind, „kriegstüchtig“ zu werden, so entschlossen stellen wir uns als Jugend dagegen. Wir sind nicht auf der Welt, um von irgendwelchen Generälen herumgeschoben zu werden. Wir sind nicht hier, um dazu gezwungen zu werden, andere Jugendliche unter staatlichem Kommando zu ermorden. Wir sind nicht hier, um für irgendwelche „nationalen Interessen“ geopfert und verfeuert zu werden. Wir werden nicht für den Profit von Rheinmetall, Hensoldt oder sonst wem in Gräben unsere Arme, Beine und unser Leben lassen. Wir werden nicht mit unbemannten Drohnen anderen Menschen ihr Leben nehmen, als wäre es ein Videospiel. Wir wollen kein Land

verteidigen, das im Sinne seiner nationalstaatlichen Vormachtsstellung handelt und dabei vor Geschäften mit Kriegsverbrechern und Faschisten nicht zurückschreckt, das Menschen gewaltvoll in unsichere Herkunftsländer abschiebt und tausende von Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt. Wir wollen keine vermeintliche Demokratie und keine vermeintliche Freiheit verteidigen. Was wir wollen, ist wirkliche, radikale Demokratie, eine Existenz frei von Herrschaft und Unterdrückung und ein wahrhaftig freies Leben – und dafür werden wir kämpfen! Die Logik des Krieges, egal ob sie grün, braun, blau oder „feministisch“ angepinselt ist, ist nicht unsere Logik. Sie widerspricht unserem Wunsch nach Leben, nach echter Gemeinschaft und nach Freiheit! Deshalb ist unsere Antwort auf die Wehrpflicht, wie auch immer sie in Zukunft aussehen soll, ganz einfach: Nein!

Anti-Militarismus muss Praxis haben!

Die Geschichte hat gezeigt, dass massenhafte Kriegsdienstverweigerung und Desertion wirksam gegen Krieg sind. Die Dringlichkeit der aktuellen politischen Lage erfordert solidarischen

Zusammenhalt und eine klare anti-militaristische Praxis. Wenn wir als Jugendliche nicht mitspielen, können wir kommende Kriege verhindern und die Kraft werden, die den Frieden erzwingt. Also lasst uns mit unseren Freund*innen, unseren Brüdern und Schwestern, egal wo auf der Welt sie leben, zusammenstehen. Lasst uns unsere Stimme erheben – für das Leben und gegen den Krieg!

Update vom 12. Juni: Der Vorschlag zum neuen Wehrdienst wurde vorgestellt. Dieser sieht vor, dass ab 2025 alle Männer, die 18 Jahre alt werden, zum Ausfüllen eines Fragebogens verpflichtet werden – bei Nicht-Ausfüllen sollen Bußgelder drohen. Die 40.000 „geeignetsten“ sollen dann zu einer Musterung verpflichtet werden. Für junge Frauen soll der Fragebogen erstmal freiwillig sein. Kriegsminister Pistorius betont, dass der aktuelle Vorschlag ein erster Schritt sein soll, der eine Dienstpflicht nicht ausschließen soll. So oder so gilt es für uns widerständig zu bleiben. Die aktuelle politische Lage bedarf einer Gegenstimme der Jugend, die auf die Straßen getragen werden muss!

Internationalistische Jugendkommune Aachen

Ihr habt auch keinen Bock auf Aufrüstung, Kriegsdienst und Wehrpflicht? Fahrt mit uns zum Rheinmetall Entwaffnen Camp vom 3.-8. September in Kiel und sagt der Rüstungsindustrie den Kampf an!



Junge Menschen auf der 1. Mai Demo in Berlin: Gegen Krieg und gegen Faschismus!

(Bild: Privat)

►►► Fortsetzung von Seite 3

24. Mai: Flashmob der Omas gegen Rechts im Elisengarten. Anlass ist der 75. Jahrestag des Grundgesetzes.

★

20. Mai: Blaue und weiße Farbe gegen das Protestcamp von Students for Palestine an der RWTH.

★

18. Mai: Propalästinensische Friedensdemonstration mit ca. 150 Personen am Markt.

★

15. Mai: Stolpersteinverlegung für Pastor Friedrich (Fritz) Keller durch die Gruppe Z in Stolberg.

★

15. Mai: Protestcamp an der RWTH der Students for Palestine beginnt.

★

15. Mai: Omas gegen Rechts bekommen den Aachener Friedenspreis.

★

10. Mai: Mahnwache gegen jeden Antisemitismus von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Aachen am Münsterplatz.

★

09. Mai: Proteste gegen Karlspreis mit 250 propalästinensischen Personen am Theater.

★

08. Mai: Kundgebung zum Tag der Befreiung von Diskursiv Aachen

★

07. Mai: Protest gegen Stand der AfD in Eschweiler.

★

04. Mai: Sternfahrt zum Fahrradtag in Aachen mit ca. 250 Menschen fährt durch die Stadt.

★

01. Mai: Demo von Sol am DGB-Haus. „Wir zahlen nicht für Krise, Krieg und Kapitalismus! Heraus zum kämpferischen ersten Mai!“

★

30. April: Demo mit dem Motto „Kapitalismus nieder tanzen“ zum Vorabend des 1. Mai von der Antifa Jugend und der FAU Aachen.

★

21. April: „Lützerath – gemeinsam für ein gutes Leben“. Kinofilm im Dialog im Apollo Aachen.

★

19. April: Globaler Klimastreik von Fridays for Future.

★

06. April: Demonstration unter dem Motto „Wohnen für Menschen statt für Profite“ von Recht auf Stadt.

★

27. März: Kundgebung am Willy-Brand-Platz in Aachen gegen den Angriff türkischer Nationalisten auf Kurd*innen in Belgien.

★

18. März: Zum Tag der politischen Gefangenen werden im Infoladen Aachen Briefe an Menschen im Knast geschrieben.

★

16. März: Mahnwache von Palästina Solidarität Aachen mit der Forderung eines Waffenstillstands für Palästina.

★

08. März: 800 Feminist*innen demonstrieren in Aachen am feministischen Kampftag.

★

04. März: Gedenkveranstaltung „Ma Bistar! Vergesst nicht“ am Gustav-Wassilkowitsch-Platz in Stolberg in Gedenken an die 41 durch die Nationalsozialisten verschleppten und ermordeten Rom*nja.



Wenn ihr mal dabei sein wollt, anstatt nur hier von Protestaktionen zu lesen, schaut doch mal beim Bewegungsmelder Aachen vorbei!

bewegungsmelder-aachen.de



